

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugpreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen: Zigarrenstraße: Reichel, Hauptstraße 14, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 2141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 14 Zeilenmeter für geschlossene Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stadtsendboten 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen die Sonntags-11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Kriegsmunition fliegt in die Luft.

Riesenexplosion in Nordamerika.

Aus Norristown (New-Jersey) wird gemeldet:

Eine durch Blitzschlag in das Munitionsdepot am Denmarkee herangezogene starke Explosion zerstörte das gesamte Arsenal und 30 Häuser in der Umgebung. Nach Mitteilung des Marineamts werden zwei Drittel des 80 Mann starken Kommandos des Munitionsdepots vermisst. Andere Nachrichten sprechen davon, daß über 100 Mann umkamen.

Weiter meldet W.B.:

Infolge des Explosionsunglücks am Denmarkee ist ein militärischer Aeronauten ein Gebiet von 16 englischen Quadratmeilen gezogen worden, das als Gefahrenzone betrachtet wird. Infolgedessen ist es gegenwärtig nicht möglich, die Höhe der Verluste und die Größe des Materialschadens abzuschätzen.

Nach weiteren Nachrichten über das Explosionsunglück am Denmarkee wird erwartet, daß auch das Munitionslager der amerikanischen Armee im Werte von 40 Millionen Dollar, das bereits von der Explosion betroffen wurde, seiner völligen Zerstörung entgegengeht und daß die Explosion von noch lagernden Munition während der ganzen Woche fortgesetzt werde. Politisches Interesse die Drischaffen der Umgebung und forderten die Bewohner auf, die Häuser zu verlassen, da die Gefahr des Einschlagens drohe. Selbst in dem durch eine Hügelkette geschützten Dover herrscht Panik. Die enorme Hitze und der Regen explodierten Granaten erschwert die Annäherung an die riesige Brandstätte. Das Marinedepot allein bedeckt über 50 Acres und enthält etwa 200 Magazin- und Verwaltungsgebäude. Der erste Eindruck, den die Wirkung der Explosion in ganz New-Jersey hervorrief, war der, daß ein Erdbeben stattgefunden habe. Als der Blitz gestern in das Marinedepot einschlug, passierten zwei Automobillisten mit ihren Wagen gerade den Eingang. Sie wurden mit Verletzungen ins Hospital von Dover eingeliefert und erzählt, daß sofort nach dem Blitzschlag drei Riesenexplosionen eintraten, durch die ihr Wagen in den Graben geschleudert wurde. Durch den herrschenden stürmischen Wind wurde das Feuer rasch weiterverbreitet. Die aufsteigenden Granaten der Munitionsvorräte schlugen in Rissen mit Schießbaumwolle ein, die auf dem Grundstück des Munitionsdepots der Armee im Freien lagerten.

Hitler gibt seine ausländischen Hilfsgelder zu

Blauen, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Amtsgericht in Blauen i. B. fand am Freitag ein großer Prozeß statt, der sich mit der Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung durch ausländische Gelder beschäftigte. Im Prozeßverlauf wurde unter anderem Adolf Hitler als Zeuge vernommen. Angeklagt war der Redakteur der Blauerer Volkszeitung, Genosse Frisch, der in der Blauerer Spätkonferenzversammlung anlässlich eines schärferen Zusammenstoßes mit der völkischen Fraktion behauptet hatte, daß für die völkische Bewegung unter Kenntnis Hitlers ausländisches, darunter auch deutsches, Geld geflossen sei. Hitler hatte daraufhin Privatklage eingereicht. Die Verteidigung, die von dem Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Levi geführt wurde, konnte in der Beweisaufnahme feststellen, daß die völkische Bewegung sehr wohl ausländisches Geld erhalten habe. Hitler gab als Zeuge ganz offen zu, daß zu jener Zeit, wo durch besonderes Reichsgesetz die Devisenbeschlagnahme für die Reichsbank ausgesprochen war, die Hitlerbewegung in Prag und Zürich Bankkonten unterhalten habe und damit gegen die Devisenbestimmungen verstoßen. Hitler selbst gab zu, daß außer dem Blücherbund auch noch der Wikingbund französisches Geld erhalten habe.

Die Senation des Prozeßes war die Vernehmung des früheren Landesleiters der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei von Württemberg, Max Weber. Er erklärte, in Bezug auf die Geldbeschaffung für die Partei hätten sich führende Parteigenossen wiederholt mündlich darüber geäußert, daß gerade Hitler selbst der schärfste Treiber in der Gewinnung ausländischer Geldmittel gewesen sei. Er betraf sich dabei auf einen Betrag, den Reichstagsabgeordneter Feder an Hitler geschrieben habe, worin Hitler unter Hinweis auf die Wirkung in der Öffentlichkeit bringend gebeten wurde, sein Tugan nach ausländischem Geld einzustellen. Im Jahre 1923 habe man zwar die im Verwaltungsamt angestellten Personen mit deutschem Papiergeld bezahlt. Dagegen seien die Offiziere der Sturmtruppen mit ausländischen Devisen, darunter Schweizerischen Franken und holländischen Gulden, bezahlt worden. Entsgegen den Aussagen der Verteidigung wurde die Beweisaufnahme dann geschlossen. Hitler und sein Anwalt verurteilten die Unterstützungen aus ausländischen Mitteln als harmlos hinzustellen. Das Gericht hat die Urteilsverkündung auf den kommenden Freitag angelegt. Wie auch das Urteil ausfallen mag, so wird Hitler nicht behaupten können, daß er bei diesem Prozeß große Losereen gemacht hat.

Caillaux verhandelt mit den englischen Gläubigern.

Paris, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanz-Entwürfe und Vollmachten Caillaux werden am Montag im „Journal officiel“ veröffentlicht und am selben Tage in der Kammer zur Verteilung gelangen. Ihre Beratung im Plenum wird sofort nach beendeter Prüfung durch die Finanzkommission frühestens am Donnerstag nächster Woche beginnen.

Nach ihrem knappen Sieg wird die Regierung die wenigen Ruhetage bis dahin ausnützen müssen, um ihre so schwierige parlamentarische Stellung zu festigen und die Atmosphäre der Unsicherheit, die noch über die Haltung des Parlaments der Regierung gegenüber vorhanden ist und in der Westminster am Sonnabend morgen eine deutliche Illustration fand, zu zerstreuen. Deshalb beabsichtigt Caillaux, sich am Montag im Flugzeug nach London zu begeben. Er hofft, die günstig stehenden Schuldenverhandlungen mit England zu umschlagen zu bringen. Wenn alles nach dem Wunsch des Finanzministers geht, wird er am Dienstag mit dem abgeschlossenen Schuldvertrag in der Tasche wieder in Paris sein. Falls ihm das gelingt und er nach seiner Rückkehr der Kammer den erfolgreichen Abschluß der Schuldenverhandlungen in England ankündigen könnte, würde er ohne Zweifel seine parlamentarische Stellung bedeutend verbessern.

Zeilmann für § 218.

Der Reichsausschuß des Reichstages fand am Sonnabend in seiner letzten Sitzung vor dem Herbst in der Frage der Aufhebung der Artikelstritten §§ 218-220 des Reichsstrafgesetzbuches (Abtreibungsparagrafen) einen Zentrumsantrag an, der eine Nachprüfung der vor dem 8. Juli d. Js. ausgesprochenen Urteile wegen Abtreibung verlangt. Es soll nachgeprüft werden, ob mit Rücksicht auf die durch das neue Reichsgesetz eingetretenen Änderungen ein Gnadenverweis angebracht erscheint.

Notwendig ist, wie das auch die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags gefordert hat, ein Gesetz über Gewährung von Straferlaß wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 218 und 219, wonach alle Strafen, die bis zum Inkrafttreten der Novelle zu dem Abtreibungsparagrafen wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 218 und 219 rechtskräftig erkannt worden sind, nebst den Nebenstrafen und den rückständigen Kosten erlassen werden. Es sei denn, daß der wegen Zuwiderhandlung gegen den § 219 Verurteilte durch die Straftat einen übermäßigen Gewinn erzielt oder die Gesundheit der Schwangeren durch grobe Fahrlässigkeit geschädigt hat.

Das „Reichschronikal“ für die deutschen Kriegsgefallenen soll nach dem Gutachten eines Reichsratsausschusses in die Gegend von Bad Berka (Thüringen) kommen. Die Entscheidung der Reichsregierung ist noch nicht gefallen.

Otto Bauer über das Reichsbanner als notwendiges Glied der Arbeiterbewegung.

Wien 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Den ganzen Sonnabend über, von den frühen Morgen bis in die Abendstunden, traf Sonderzug auf Sonderzug mit Angehörigen des Deutschen Reichsbanners in Wien ein. Ein Schiff mit 300 Reichsbannerkameraden traf abends über Passau auf der Donau ein. Bei den Empfängen am West- und Nordbahnhof war jeweils eine große Menschenmenge zur Begrüßung der deutschen Gäste erschienen. Der Festausflug des Arbeitersportfestes und der Republikanische Schühung hatte zu jedem Zuge Vertreter zum Empfang gestellt. Immer wieder wurde auf die Gemeinsamkeit der Ziele des Republikanischen Schühundes und des Reichsbanners Schwarz, Rot, Gold hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Vereinigung von Deutschland und Oesterreich bald kommen möge. Trommlerkompagnien und Musikkapellen, darunter die der Eisenbahner waren beim Empfang anwesend.

Eine eindrucksvolle internationale Kundgebung gegen den Faschismus fand am Abend in Weigels Katharina-Sälen bei dem ehemaligen kaiserlichen Schloß Schönbrunn statt. An ihr beteiligten sich insbesondere auch die Angehörigen des Reichsbanners. Außerdem waren auch Arbeiterorden aus der Tschechoslowakei, der Schweiz, Ungarn und Lettland anwesend. Genosse Dr. Deutsch begrüßte die Erschienenen im Namen des Republikanischen Schühundes, worauf Genosse Höllermann-Magdeburg für das Reichsbanner die Versicherung abgab, daß die Republikaner aller Länder immer auf das Reichsbanner zählen könnten im Kampfe gegen die Reaktion. Ribouz überbrachte die Grüße der Internationalen Sportinternationalen und der belgischen Verbände. Nach ihm sprachen noch Vertreter von Estland und Ungarn. Darauf ergriff im Namen der Sozialistischen Internationalen Dr. Otto Bauer das Wort zu einem ausführenden Vortrag über die Bedeutung der Abwehrorganisationen des Proletariats. Er schloß seine Ausführungen mit den Sätzen: „Nicht mit der Sehnsucht nach fallenden Urentauern, die der Arbeiterklasse nur Schaden bringen könnten, sondern mit dem Willen, das Erzeugene zu verteidigen und, wenn das Heer der Arbeiterklasse mit seinen Mitteln kämpft und vorwärts marschiert, ihm die Flanken zu decken, das ist die historische Aufgabe der Selbstschützverbände. Daher erkennt die Internationale in ihnen einen notwendigen Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung.“ Mit dem Trausied, von einem Männerchor gesungen, fand die machtvolle Kundgebung ihr Ende.

Die Auffassung auch des Reichsbanners als „proletarische“ Abwehrorganisation wird nicht von allen reichsbannernden Bannern geteilt werden; erst sie aber gibt dieser Massenorganisation ein weltpolitisches Ziel, ohne das sie auf die Dauer nicht bleiben kann.

Die Tagung des ADGB.

Düsseldorf, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In den gleichen Tagen, an denen der Bundesausschuß in Düsseldorf tagte, versammelte sich die Gewerkschaftsjugend des Rheinlandes, und aus Westfalen-Lippe, um in feierlicher Kundgebung am Sonntag, den 11. Juli, für den letzten, unauflösbaren Zusammenhalt der jungen, aufstrebenden Generation mit den älteren Vorkämpfern der Gewerkschaftsbewegung Zeugnis abzulegen. Bei Eröffnung der Sitzung des Bundes am zweiten Verhandlungstage sagte der Bundesausschuß einmütig den Beschluß, in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend den Jugendtag zu begrüßen. Dann erteilt Seipert dem

Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Herrn Dr. Sney,

das Wort zu einem Vortrag über die Förderung des Arbeiterschutzes und führte aus: In allen Kulturländern breche sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Schutz der Arbeiter gegen gesundheitliche und Lebensgefahren im Betriebe eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Der Krieg hat zahlreiche Arbeiter in ihrer Gesundheit geschädigt und in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt. Drei Viertel Millionen Kriegsbeschädigter befinden sich als Arbeitskräfte mit beschränkter Arbeitsunfähigkeit unter der Arbeitnehmerenschaft Deutschlands. Aber auch die friedliche Betriebsarbeit birgt große Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Im Jahre 1923 entfielen auf 24 Millionen versicherter Personen 460 000 die Unfälle erlitten hatten; von denen 77 000 eine Rente beziehen, 7500 Betriebsunfälle verließen tödlich. An jedem Werktag erlitten 1500 Personen Unfälle in Betrieben, von denen 230 eine Rente bekommen müßten. Von den tödlichen Unfällen entfallen 25 auf einen Tag. Insgesamt beziehen 792 000 Personen die Betriebsunfälle erlitten haben, bzw. ihre Hinterbliebenen Renten aus der Unfallversicherung. Die kapitalistische Unfallrentenlast beträgt rund 3 Milliarden Mark. Können den Gefahren, die zu Unfällen führen, umgeben den Arbeiter im Betrieb Gefahren anderer Art, die ihn durch Erkrankungen aller Art in seiner Gesundheit

schädigen. Gewisse Anhaltspunkte für die Größe dieser Gefahren und die Zahl solcher Erkrankungen lassen sich aus den entsprechenden Angaben der Krankenkassen entnehmen.

Der Staat ist sich der Aufgabe bewußt, die Arbeitnehmer gegen diese in den verschiedensten Formen auftretenden Gefahren für Gesundheit und Leben zu schützen. Was auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geschehen ist, ist zwar nur Kleinarbeit, aber dennoch nicht ohne die gewünschte Wirkung. Gesetzliche Einzelbestimmungen können nicht mit dem technischen Wandel Schritt halten. Die als Rahmenvorschriften zu betrachtenden Gesetze und Verordnungen des Staates bekommen ihre Bedeutung dadurch, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten befugt sind, nach diesen Rahmenvorschriften ganz bestimmte Anordnungen in Form von polizeilichen Verfügungen zu treffen. Auch das im Entwurf vorliegende neue Arbeiterschutzgesetz will den Gewerbeaufsichtsbeamten das Recht geben, selbständig polizeiliche Verfügungen zu erlassen. Das neue Arbeiterschutzgesetz wird voraussichtlich die Betriebsunfälle nicht nur vermindern, sondern er wird ausgedehnt werden auf Arbeiter und Angestellte aller Art. Besondere Vorschriften werden nur erforderlich bleiben für die Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft und in der Schifffahrt.

Daneben bedient sich nur der Staat, um den Schutz der Arbeiter in den Betrieben in möglichst hohem Maße zu erreichen, der Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften treffen ihre Maßnahmen mehr und mehr nach dem Gesichtspunkt, daß es nicht nur gilt, die Folgen der Unfälle zu heilen und zu hindern, sondern daß es wichtiger ist, den Unfällen vorzubeugen. Bisher war der Aufgabebereich der Berufsgenossenschaften auf den Unfallschutz im engeren Sinne beschränkt. Jetzt ist ihr Wirkungsgebiet erweitert worden, in dem verschiedene Berufskräfte in die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften einbezogen worden sind.

Es läßt sich nun, beim Staat — darauf an die Arbeitergeber und Arbeitnehmer selbst zu richten — die Bedeutung der weiteren Förderung herausstellen. Die bedeutende Erkenntnis, daß die Arbeiter in der Betriebsunfälle auf die Mindererfüllung der Gefahren von beiden Seiten zurückzuführen

Bantentrach und Politik in Oesterreich.

Uns Wien wird uns geschrieben:

Wieder hat Oesterreich einen Bankensandal und wieder spielt die christlichsoziale Politik, spielt die Christliche Partei und die christlichsoziale Regierung, dabei eine schädliche Rolle. Eine weit schädlichere noch als bei dem Zusammenbruch der Frankenspekulation, bei dem die Begünstigung der spekulierenden Großbanken — oder um im Jargon unserer christlichsozialen Antisemiten zu reden: der jüdischen Schieber — durch die christlichsozialgroßdeutsche-antisemitische Regierung und die Verbindung christlichsozialer Politiker mit diesen Banken bewiesen wurde; ja eine noch weit schädlichere Rolle als bei dem Zusammenbruch der Depositenbank, aus dem der Sandal des Großschiebers Castiglioni herauswuchs.

Alle diese Schandaffären, die die Korruption der bürgerlichen Parteien enthielten, läßt der neueste Sandal der Zentralbank deutscher Sparkassen weit hinter sich und es ist das Verdienst des Genossen Dr. Danneberg, daß er diesen Sandal in einer großen Rede in allen seinen Ausstrahlungen aufgedeckt hat.

Der ähnelnde Anlaß scheint recht geringfügig zu sein. Im letzten Monat sind zwei Institute notleidend geworden. Der Erste Wiener Konsumverein — eine bürgerliche Genossenschaft — ist, offenbar durch schlechte Verwaltung, in Schwierigkeiten geraten und konnte die Einleger seiner Sparabteilung nicht befriedigen und diese werden froh sein müssen, wenn sie die von der Leitung angebotenen 50 Prozent wirklich erhalten. Da die Einleger lauter kleine Leute sind, war die Aufregung in Wien sehr groß und die naiven Leute glaubten, die Regierung werde dem notleidenden Verein beispringen. Diese Hoffnung wurde durch den Finanzminister zunichte gemacht, der in brüsker Form öffentlich erklärte, daß es ihm gar nicht einfallt, diesem Verein aufzuhelfen. Der Konsumverein ist nämlich den christlichsozialen Gewerbetreibern ein Dorn im Auge und sie subeln über seinen Zusammenbruch, durch den so viele kleine Beamte und Hausfrauen um ihre Sparsummen kommen.

Zu derselben Zeit ist aber auch die „Zentralbank deutscher Sparkassen“, wie man sich schönfärbend ausdrückt, „im Mobil“ geworden und sofort hat die Regierung nicht nur öffentlich erklärt, daß sie die Haftung für die Einlagen übernimmt, nicht nur, um einen Run zu verhindern, der leicht auch auf andere Banken und Sparkassen übergreifen könnte, sofort durch die Nationalbank Hunderte Milliarden Kronen zur Verfügung gestellt, sondern auch ein Gesetz eingebracht, durch das ein Fonds zur Sicherung von Sparkasseneinlagen geschaffen werden soll, so daß also alle Sparinstitute bis zu 10 Prozent der von ihnen gezahlten Zinsen zur Sanierung verfallener Banken werden zahlen müssen.

Die Sozialdemokraten haben nun durch Dr. Danneberg erklären lassen, daß sie bereit sind, mitzuwirken, um einen Zusammenbruch der Zentralbank und auch anderer Banken zu verhindern, daß sie aber auf einer Untersuchung über die Ursachen dieses Zusammenbruches und auf einer Kontrolle aller Banken, die aus öffentlichen Mitteln oder von öffentlichen Instituten Kredite erhalten, bestehen. Dieses Verlangen hat der sozialdemokratische Redner durch eine Darlegung des ganzen korrupten Systems unterstützt, durch das christlichsoziale und großdeutsche Banken mit öffentlichen Mitteln ausgestattet, und, als sie durch Spekulationen vor den Zusammenbruch gebracht wurden, aus öffentlichen Mitteln saniert wurden. Er hat gezeigt, wie alle hervorragenden Führer der bürgerlichen Parteien, wie die hervorragenden Mitglieder des Kabinetts an diesen korrupten und verfallenen Banken beteiligt waren.

Um diesen heftigen Angriff zu beweisen, zeigte dann Dr. Danneberg die enge Verknüpfung der angeblich antisemitisch-antisemitischen Banken, die von den bürgerlichen Parteien gegründet wurden, mit dem jüdischen Finanzkapital. Alle diese Gründungen der christlichsozialen und der großdeutschen Partei hatten nach außen die arische Maske, in Wirklichkeit waren sie in intimsten Beziehungen zu jüdischen Finanzleuten, ja gerade mit den anrüchlichsten ostjüdischen Schiebern. Und diese ostjüdischen Schieber wieder erhielten durch sie Verbindungen mit den staatlichen Geldinstituten, vor allem mit der Postsparkasse und mit der Nationalbank. Hat doch sogar die Niederösterreichische Landes-Hypothekbank, also ein öffentliches Unternehmen, große

Geldsummen einem berüchtigten Schieber übergeben, damit er für sie auf der Börse spiele, und dieser hat sich zu diesem Geschäft die Postsparkasse als Kompanion gewonnen!

Alle diese „arischen“ Banken haben an der Börse gespielt und sind dann durch die Frankenspekulation zusammengebrochen: so vor allem die Deutsche Bodenbank, eine gemeinsame Gründung der Großdeutschen und der Christlichsozialen, deren Präsident der Obmann der „Südmark“, der ehemalige Präsident des österreichischen Reichsrates Dr. Gustav Groß, dessen Vizepräsident der derzeitige großdeutsche Minister Dr. Schürff war. Aber diese arische Bank gab Geld dem „Ostjüden“ Sami Bronner zum Börsenspiel, und in den von ihm gegründeten Gesellschaften saßen als Verwaltungsräte neben den arischen Politikern lauter ostjüdische Schieber. Aber es war das Unglück dieser Bank, daß sie die arisch-jüdische Schieberlei gar zu kraß betrieb und deshalb gar zu schnell zusammenbrach. Erst als solche Zusammenbrüche sich häuften, griff die Regierung ein. Da war zuerst die „Tiroler Agrarbank“, an deren Spitze der ehemalige Vizekanzler Dr. F. N. in, dessen Ausfühler der derzeitige Bundeskanzler Dr. Kamek und der Gründer der Tiroler Heimwehren, Landesrat Dr. Steidle, waren. Auch diese Bank ist zusammengebrochen, und die Regierung hat, um den Sandal zu verhindern, die Wiener Großbanken und den Hauptverband der Industriellen veranlaßt, die Liquidierung zu übernehmen. Aber diese haben das nicht aus eigenen Mitteln getan, sondern haben das Geld zum großen Teil von der Postsparkasse und von der Nationalbank erhalten. Raum war auf solche Weise diese Bank saniert, so mußte sie schnell eine andere christlichsoziale Bank, die „Tiroler Vereinsbank“, retten, indem sie sich mit ihr fusionierte. Aber die Aktien, die sie dafür ausgab, mußten von den Wiener Großbanken übernommen werden. Jetzt versteht man auch, warum die Tiroler Abgeordneten die fanalischsten Befürworter der Sozialdemokratie sind: es ist das der Dank für die Hilfe der Großfinanz.

Bei allen diesen unlauteren Machenschaften spielt die staatliche Postsparkasse die Hauptrolle. Sie hat aus einer Reihe von zusammengebrochenen christlichsozialen Banken, die sie retten mußte, eigene Gesellschaften gegründet, damit man die Korruption nicht so leicht merkt.

Unter den Banken, die als ausgesprochene christlichsoziale Parteiunternehmungen „zur Bekämpfung des jüdischen Kapitals“ gegründet wurden, waren die „Niederösterreichische Bauernbank“, an deren Spitze der christlichsoziale Landesrat und Bauernführer Zwickhauer stand, die aber zusammenbrach, nachdem die von den Bauern eingelegten Gelder auf der Börse verpielt worden waren, dann aber ganz besonders die „Steirerbank“, die mit ganz besonderem Lament als Beweis von „praktischem Antisemitismus“ begründet wurde. An ihrer Spitze standen als lebenslängliche Präsidenten der steirische Landeshauptmann Dr. Kintelen, derzeit Unterrichtsminister, und der Landesrat Dr. Uhrer, gewesener Finanzminister. Aber von dieser arischen Bank erfuhr man nicht nur, daß sie ein Konkurrenzunternehmen des jüdischen Finanzmagnaten Bofel sei, sondern auch, daß sie in Kompagnie mit dem Großschieber Castiglioni, dem Sohne eines Rabbiners, war, der auch seine Vertreter im Verwaltungsrat hatte. Bald nachdem Castiglioni zusammengebrochen war, krachte auch die Steirerbank zusammen. Und Herr Bofel hatte keine Lust, sie zu retten, weil er kurz vorher auf Drängen der christlichsozialen Regierung ein andres christlichsoziales Unternehmen in Graz, die „Genossenschaftsbank“, hatte retten müssen.

Nun sind wir schon bei der „Zentralbank der deutschen Sparkassen“. Da wogel die Steirerbank nicht sanieren und man sie auch nicht untergehen lassen konnte, weil dann manche ihrer Leute Bekanntschaft mit dem Gericht gemacht hätten, mußte die Zentralbank einspringen, für die die Postsparkasse schon viele Milliarden geopfert hatte. Diese Zentralbank war ehemals wirklich die Zentrale der deutschen Sparkassen, seit Jahren aber ist sie eine gewöhnliche Spielbank wie andere Banken. Ober rätiger: sie ist das Ausbeutungsobjekt des deutschnationalen Industriellen Wutte, den seine Anhänger den österreichischen Stinnes nennen, den aber Danneberg rätiger als den „arischen Sami Bronner“ bezeichnete. Dieser hat das Geld der Sparkassen für seine privaten Unternehmungen verwendet und so die Zentralbank immer tiefer heruntergebracht. Aber nun zwang die Regierung die Zentralbank, auch noch drei verfallene christlichsoziale Banken, unter ihnen die Niederösterreichische Bauernbank des Herrn Zwickhauer und die Steirerbank der Kintelen und Uhrer, in sich aufzunehmen, und dadurch ist die Zentralbank „immobil“ geworden und muß jetzt saniert werden. Denn Dr. Kintelen, der erst vorige

Woche als Unterrichtsminister nach Wien berufen wurde und der Nachfolger Dr. Kamek als Bundeskanzler werden soll, kann nicht fallen gelassen werden.

Die Sozialdemokraten haben offen erklärt, daß sie alles tun wollen, um einen allgemeinen Bankenzusammenbruch zu verhindern, der die Folge wäre, wenn man die Zentralbank ihrem Schicksal überließe. Aber sie werden darauf bestehen, daß durch eine strenge Untersuchung die ganze Korruption und alle Schuldigen an der Korruption aufgedeckt werden. G. P.

Die Ausichten der Verfassungsänderung in Polen.

Reaktionäre Entwürfe im Ausschuss angenommen.

Warschau, 10. Juli. (Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses hielt der Justizminister eine neue Rede über die von der Regierung eingebrachten Pläne zur Verfassungsänderung. Zum Schluß beschäftigte er sich mit dem Artikel 8 des Regierungsvorschlages, der von den Polakern für die Regierung bis zum Ende des Jahres 1927 handelt. Er erklärte, die Regierung könne sich damit einverstanden erklären, daß dieser Artikel in einem neuen Gesetz abgeändert werde. Was die Festlegung der Vollmachten anbelangt, so sei die Regierung dagegen, daß das gesamte Material in dem Gesetz aufgeführt werde; man müsse vielmehr die Vollmachten damit begründen, daß man genau festlegt, woran die Regierung nicht rütteln darf. Schärfsten Protest rief bei den nationalen Minderheiten der Antrag der Rechtsparteien hervor, der die Proportionalwahl zum Sejm aufzuheben will. Der jüdische Abgeordnete Grünbaum sagte, man wolle auf diese Weise die Juden wie überhaupt die Minderheiten ihrer Mandate berauben. Bei der Abstimmung erklärten sich 12 Stimmen für und 12 gegen den Antrag. Der Vorkühende entschied dann gegen die Proportionalwahl, er fügte aber hinzu, er glaube nicht, daß der Antrag in Polen durchgehen werde. Im Sejm werden die minderheitsfeindlichen Nationalisten die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht aufbringen können. Der von den Rechtsparteien eingebrachte Antrag, betreffend Erhöhung des Wahlalters von 20 auf 24 Jahre, würde 600 000 junge Leute ihrer Stimme berauben. Auf eine Anfrage erklärte der Ministerpräsident Barcel, daß die Regierung mit diesem Antrag der Rechte nichts zu tun habe. Bei der Abstimmung wurde die Erhöhung des Wahlalters mit 18 gegen 12 Stimmen beschlossen. Doch dürfte auch dieser Antrag im Sejmplenum die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erlangen. Ein scharfer Kampf entspann sich um den Antrag auf Einschränkung der Unantastbarkeit der Abgeordneten. Die gesamte Linke und sämtliche Klubs der nationalen Minderheiten protestierten gegen eine solche Art von Reform. Auch dieser Antrag wurde vom Ausschuss mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen.

Um Tanger.

Zwischen der italienischen und englischen Regierung hat eine Aussprache stattgefunden mit dem Ziele, die Bedingungen kennen zu lernen, die einen Beitritt Italiens zum Tanagerstatut zur Voraussetzung haben. Das Tanagerstatut ist 1923 unter Ausschluß Italiens von Großbritannien, Frankreich und Spanien aufgestellt worden. Bei der Inkraftsetzung des Statuts hat Italien infolgedessen jede Mitwirkung abgelehnt. Wenn jetzt Italien nach jenen Bedingungen für den Beitritt gefragt worden ist, so wird das seinen Grund darin haben, daß man von ihm ein freundschaftliches Gesicht bei der Geledigung der Völkerbundsfragen im Herbst wünscht. Italiens Bedingungen bestehen darin, daß es einen gleichberechtigten Anteil an der örtlichen Verwaltung erhält und die anderen beteiligten Staaten ohne seine Zustimmung keine Aenderung vornehmen können. Diese Bedingungen werden nun noch mit Frankreich und Spanien verhandelt werden müssen. Das Verlangen Spaniens, daß Tanger vollständig seiner Marokkone eingegliedert werde, ist von England abgelehnt worden. Man hatte wohl vermutet, daß man Spaniens Wünschen in dieser Sache um einer freundschaftlicheren Haltung zum Völkerbund um seiner jetzigen Form willen entgegenkommen würde. Wenn die Reise des Königs von Spanien solchen Wünschen den Weg ebnen sollte, dann ist sie so weit als erfolglos geblieben. Es schweben aber angeblich Verhandlungen zwischen Spanien und England, die auf den Abschluß von Krediten und einer großen Anleihe abzielen. Diese finanziellen Verhandlungen sollen den Spaniern im Augenblick sogar wichtiger sein als die Tanagerfrage und die Geledigung der Probleme, die mit der Zusammenlegung des Völkerbundsraats zusammenhängen.

Ein Branding-Fonds in Schweden. Zur Erinnerung an ihren verstorbenen Führer hat die schwedische Sozialdemokratie Sammlungen zugunsten eines Branding-Fonds abgehalten und das schöne Ergebnis von 92 000 schwedischen Kronen erzielt. Aus dem Fonds sollen der Bildungsarbeit der schwedischen Partei und der Gewerkschaften Gelder zufließen, im Übrigen aber soll er so verwaltet und durch andere Sammlungen ergänzt werden, daß er im Laufe von 10 Jahren eine halbe Million Kronen umfaßt.

Aus aller Welt.

Wieder schwere Rennunfälle in Berlin.

Beim gestrigen internationalen Autokennen um den großen Preis von Deutschland auf der Berliner Aous-Rennbahn ereigneten sich mehrere Unfälle. Der Mercedesfahrer Rosenberger aus Briesheim kam gegenüber der Pressebühne mit seinem Wagen ins Schleudern. Das Automobil drehte sich zweimal um seine eigene Achse und ritz mehrere Studenten um, welche die Zeitungen bedienten. Drei wurden schwer verletzt, einer war sofort tot. Der zweite Unfall ereignete sich in der Nordkurve, wo der Deutsche Urban-Brag die Kurve zu steil nahm, so daß sich der Wagen zweimal überschlug und in die Zuschauermenge schlug. Drei Personen wurden verletzt, während die Fahrer das Rennen unverletzt fortsetzen konnte. Der dritte Unfall stieß der französische Mannschaft aus Paris zu, deren Wagen sich überschlug. Beide Fahrer wurden schwer verletzt. Ferner erlitt ein Platinwagen Steuerbruch und wurde aus der Bahn geschleudert. Der Fahrer erlitt leichtere Verletzungen.

Autobus-Unglück bei Berlin.

Auf der Straße Tegel-Glienitz stieß ein Autobus, der einem Motorradfahrer aufpassen sollte, gegen einen Baum. Drei Personen wurden verletzt, am schwersten der Chauffeur, der ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der D-Jug München-Berlin.

In der Nacht vom Samstag um 3 Uhr morgens in der Höhe des Bahnhofs München erlitt ein D-Zug, der beiden Lokomotiven, der Postwagen und ein Schlafwagen, stangen mit einem starken Stoß aus der Schiene. Unter dem Postwagen, die hier durch einander gerollt wurden, entstand eine Panne, die sich jedoch nicht lange als feststellbar werden konnte, daß sie mit dem D-Zug zusammenhängt. Nach anderthalb Stunden Verspätung konnte der Zug mit neuen Maschinen keine Fahrt nach Berlin fortsetzen. Die Entschleunigung, die sich in einer kurzen Kurve ereignete, hatte ihre Ursache in einer Späterweiterung des Gleises, die mit einer vorangegangenen Schienenumlegung im Zusammenhang steht.

Ein zwölfjähriges Lebensretter.

In Berlin-Kreuzberg fiel Samstagabend nachmittags ein zwölfjähriges Mädchen beim Spielen ins Wasser und wurde von der

Strömung abgetrieben. Ehe Erwachsene zu Hilfe kommen konnten, sprang der zwölfjährige Schüler Franz Ludwig ins Wasser und rettete das Mädchen unter eigener Lebensgefahr.

Von einem Eindrehler erschossen.

In Ragnit ist gestern nacht der Sägewerksbesitzer Renjer im Kampfe mit einem maskierten Eindrehler von diesem erschossen worden. Der Eindrehler ist unerkannt entkommen.

Der neue Völkerbundspalast.

Für den internationalen Architektenwettbewerb zum Bau eines neuen Hauses für den Völkerbund in Genf, zu dem auch die Architekten Deutschlands, des Saargebietes und des Elsaßs Danzig zugelassen sind, ist der Endtermin für die Einreichung von Entwürfen auf den 25. Januar 1927 festgesetzt. Die Bauumme soll 13 Millionen Schweizer Franken nicht überschreiten. Dem aus neun angehenden Architekten der verschiedenen Länder zu bildenden Preisgericht stehen für die Preisverteilung insgesamt 165 000 Schweizer Franken zur Verfügung.

Sieben Tote durch Unwetter in Böhmen.

Nach einer Meldung aus Prag ist über die Gegend von Kuffau gestern ein heftiges Unwetter niedergegangen, das ein rasches Steigen der Bäche verursachte und in der wasserigen Gegend den Tod von sieben Menschen zur Folge hatte.

Vertontes Maschinengeräusch.

Ein Pariser Komponist hat ein Orchesterwerk komponiert, das das Seelenwort einer Lokomotive darstellen soll. Vertont wurde das Zischen und Brausen einer abfahrtsfertigen Lokomotive mit ablassenden Sicherheitsventilen, dann das Anfeuern mit dem schweren Schnellzug und schließlich das gleichmäßige Sinecogen in die Nacht mit neunzig Kilometer Stundenweite. Der Komponist erklärt, daß er Lokomotiven stets leidenschaftlich geliebt habe.

Mammufund in Sibirien.

Die wissenschaftliche Expedition Prof. Kowalew von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion entdeckte bei ihren Ausgrabungen am Flußufer des Amur unweit des Dorfes Uli-Kasa einen eingetrockneten Mammut, der vollkommen erhalten war. Die russische Akademie der Wissenschaften hat mehrere Sachverständige nach dem Fundort entsandt.

Zum zweiten Male Sterlinge.

In Konstantinopel ist eine Frau von vier Kindern entbunden worden. Genau vor einem Jahre war sie ebenfalls glückliche Mutter von vier Knaben geworden, die sämtlich leben.

Eine veraltende Hygiene.

geht über Amerika. In Newport übernachteten Hunderttausende im Freien, am Strande von Conan Island allein etwa 130 000. Viele verbrachten die Nacht im Centralpark, andere verbrachten, auf den Dächern der Häuser zu schlafen. Dabei sind drei Personen im Schlaf abgestorben und waren tot. Ungeheurer groß ist die Zahl der Hygienetage.

Coolidge halber Dollar.

Die amerikanische Öffentlichkeit beschäftigt sich sehr kritisch mit den jenen zur Ausgabe gelangten halben Dollarböden, die zur Feier der großen Ausstellung in Philadelphia geprägt worden sind und auf der Vorderseite die Kopfe Washingtons und Coolidges, auf der Rückseite die große Freiheitsglocke zeigen. Man nimmt vor allen Dingen Anstoß daran, daß Coolidge keine Einwilligung gegeben hat, sein Bildnis auf diese Gedenkmünzen zu bringen, wonit er den alten Brauch verlegt hat, dem gemäß kein lebender Präsident der Vereinigten Staaten sein Bildnis auf Münzen schlagen darf.

Eine Bahn nach Mexiko.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der „Moskauer Kongress“ sich dafür ausgesprochen, daß eine Bahnstrecke von Tebbah nach Mexiko und von Mexiko nach Medina gebaut werden soll. Die beiden heiligen Städte würden dadurch mit dem Roteen Meer durch Eisenbahnlitien verbunden. Bisher wurde die von Damaskus ausgehende Tebbah-Mexikobahn bei Medina.

Cholera-Epidemie in Indien.

Nach dem Pariser „Petit Journal“ und in Indien sind auf den Philippinen und in Indochina und Sumatra Cholera-Epidemien zu registrieren. In Indien seien von 225 Gemeinden 43 556 tödlich verlaufen. In den Philippinen haben 200 000 Menschen Cholera erlitten und 20 000 sind gestorben.

Schauspielhaus.

Opernbühne.
Tel. Stephan 37 400.
Täglich 8 Uhr.
Der große Erfolg!
**Die
heutige
Schauspielhaus**

**Lieblich-
Theater**

Telefon: Stefan 2466.
Täglich 8 Uhr
Der große Erfolg!
**Was
Frauen
träumen**

Platzpreise von 0.75 RM. an.

Benutze die
Buchkarte!

Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige
Schätze von unermess-
lichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Grapenstraße 5.

Kleine Anzeigen

sind kompakt gesetzt einsp.
Anzeig. v. Verkäufen, Kaufge-
suchen u.a. nur von Privaten.
Wort 3 Pfg., fett 4 Pfenninge.
Stiefel, Uhr, Garbinen-
Kleid, Kleider, Schuhe,
Metallisch billig, Jentich,
Kocher, Straße 9. 451

Feuerwerk!

Feuerwerkkörper, Fackeln, Bengalfackeln
Eigene Fabrikation. Lampen, Fackeln usw.
Fachmännisches Abbrennen von Feuerwerken
bietet billigst die größte Spezialfirma 12704
B. Jakubowicz Breslau 8
Vorwerkstr. 12

Glänzende Existenz! Goldgrube!

Wegen Krankheit Automobil-, Fahrrad- und
Nähmaschinen-Geschäft, Garage mit Reparatur-
anhang und Wohnung für 1500 Mt. jährlich zu
verpachten. Zur Übernahme sind circa 4000 Mt.
erforderlich. Offerten unter **St. 331** Expedition
dieser Zeitung. 12663

Nähmaschinen-Reparaturen

aller Systeme werden seit 30 Jahren
fachgemäß und schnell gefertigt. Abholung kostenlos
Lager von neuen und gebrauchten Maschinen
alle mit 3 Jahren Garantie. 12704

M. Buttermilch, Ritterplatz 11, I.

Dreikönigstee

gegen Asthma, Lungen-, Nerven-, Gallenstein-,
Magen-, Leber-, Rheumatismusleiden etc.
Erhältlich in den Apotheken: Breslau Apotheke
zur Hygiene, Tauentzienstraße 91, Ecke Grünstraße.
Broschüre kostenlos durch 12709
M. Fischer & Söhne, Dinkelsbühl 1, Bay.

Bettfedern u. Daunen

Billigstes Angebot
besten Landware
Spezial-
geschäft
Herzig
Metzgerstr. 100, I
am Waterlooplatz.
Kein Laden.
Sitzkabinen sind verpakt.

Direkt aus Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. **2.10** per Liter
den berühmten alten
Breslauer.
Unsere Firma existiert
30 Jahre.
Unsere Edelliköre

werden in ganz Deutschland von den feinsten
Geschäften gefordert und sind von Meistern der
Destillation gearbeitet. — Wir bieten an zu

Mk. **3.00** — 30% stark
Rose, Kammell, Ingwer, Kirsche, Berge-
moite, Pfeffermünze, Stonsdorfer
Mk. **3.60** — 35% stark
Bist-Orange, Gold-Orange, Sherry,
Brandy, Prunelle, Abtei, Noiset, Cacao,
Allsch, Stonsdorfer, Caracao

Weinbrand-Verschnitt per Ltr. **2.80**
aus französisch Wein
per Ltr. **4.00** u. **3.50**
zum Einleg
per Ltr. **2.50** u. **3.00**
ein Liter über 2 1/2 Pfund
per Ltr. **1.30**
96% Alkohol per Ltr. **4.00**

Weine vom Fass
Roséwein Mk. 0.90 Terragona, Mk. 1.40
Rotwein 1.30 Kaiser, Mk. 1.50
Wermutwein, Mk. 1.40 alles mit Südtiroler.

Herzberg & Co.

Neue Grapenstraße 5.

Turnschuhe f. Damen

Leder oder Gummiböhl
Weiß Leinenschuhe **2 75**
prima Qualitäten
Taschen-Reiseshuhe
aus Leder und Tuch

Leder-Spangenschuhe

schwarz, sehr haltbar, Größe 36/37
Absatzpantoffeln **3 50**
verschiedene Ausführungen, Restposten

Schnürschuhe **4 90**

Rob-Chevreau
Größe 36/38
**Schnür- u. Spangen-
schuhe für Kinder**
feinste Ausführung „Petto“, Gr. 34/36

Braune Pumps **5 90**

prima Boxkalf, hochwertige Fabrikate,
Restposten
Braune Schnürschuhe
echt Chevreau, für Damen

Wildleder-Halbschuh

braun und grau, feinste Rahmenarbeit
Braune Schnürschuhe
echt Chevreau und Boxkalf, randgenäht,
für Damen

Braune Halbschuh **8 90**

**Schwarze Schnür-
schuhe und -Stiefel**
gute Verarbeitung, für Herren

Lack- u. feinfarbige

Spangenschuhe und **11 90**
Modepumps große Aus-
wahl in elegantesten Ausführungen

**Prima Lack-Schnür-
schuhe für Herren** **12 50**

**Ia. schwarz Boxkalf-
Schnürstiefel für Herren**



Nur noch
6 Tage!

Das Urteil

über unseren Saison-
Ausverkauf
läuft einstimmig:

Kaufsmeyer
schlägt alles
mit seinen billigen Preisen

Hallenschwimmbad
Dampf- u. Heißluftbäder mit Massage
Außer Sonntage täglich von 8-6 Uhr

Blüchloja, Châtelongue
Größte Auswahl 12705
Bei Teilzahl. 30.- Anzahl, monatl. 20.- Anzahl.
Abt. Nowotny, Teichstraße 25/24.
Sofort Geld
auf Pfänder!
Seidhaus Rother
Hilberstraße 4, I.

**Werter
Genosse!**

In Deine Wohnung gehört das Bild des Mannes, der
unermesslich Großes für die Interessen Deines Standes
getan hat, **das Bild August Bebels!** Auch Du
hast ab und zu ein Geschenk zu machen, sei es zu
Familienfesten, sei es in Deiner Vereinstätigkeit.
Mache ein Geschenk von Wert, gib das Bild des
großen Arbeiterführers **August Bebel.** Schön gerahmt,
in Größe 34 x 45 cm, kostet es bei uns nur **5 Mk.**, die
Du in 10 Raten à 50 Pf. (Buchkarte) beziehen kannst.
Zeige Klassenbewußtsein — **Klassenstolz!**
(Auswärts zusätzlich 50 Pf. Porto auf Postscheckkonto Breslau 5258.)

**Nur
wenige Tage!**

Ohne Rücksicht auf den Selbstkostenpreis geben wir zu
staunend billigen Preisen ab:

Einen Posten Bettbezüge	Hemdentuche
weiß, 1 Deckb., 2. Kiss. 6.50	48 Pf.
desgleichen 7.90	68 Pf.
bunt 7.90	Bettlamaste, 80 cm breit 1.25
desgleichen 8.75	desgl. 130 cm breit 2.10
einzelne Kissen, 80x80 1.25	Bettlaken, 130x200. 2.95
	desgl. extra schwere 3.30

**Kasaks
Blusen**

95 Pf	1.20
1.75	2.90

Reinwoll. Röcke

schwarz	3.95
blau	4.50

Textilhaus Liebe & Co.
Kupferschmiede-
straße 15

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Juli.

Sozialistische Einsichten ohne Folgerungen.

Ein führender katholischer Sozialphilosoph spricht.

Im überfüllten Musiksaal der Universität sprach in einer Gastvorlesung einer der Führer der neukatholischen Philosophie, Professor Romano Guardini, über „Person- und gesellschaftliche Ordnung“.

Auch zwischen Tieren gibt es Beziehungen, und wir sind leicht geneigt, auf sie soziologische Kategorien anzuwenden: so sprechen wir vom Bienenstaat, vom Krieg der Ameisen usw. Aber offenbar liegt hier nur eine Übertragung von Kategorien vor, die die Beziehungen zwischen Personen bestimmen.

Welches ist der Begriff der Person? Es ist der Begriff der Eigenschaft, der dem vernünftigen Menschen. Der Mensch weiß sich als der numerisch Eine und als dieser bestimmte Eine, in Erkenntnis, Entscheidung und Handeln findet er sich als der Eine, der in seiner Innerlichkeit einlam und vom andern unterschieden ist. Diese Eigenschaft der Person ist ein unabweisbares Merkmal des Menschlichen. In ihm unterscheidet sich die Individualität der Person von der Individualität des Exemplars. Man kann Exemplare, auch solche einer biologischen Gattung, zählen, wie man Steine zählt. Personen zählt man nicht, denn Einmaligkeit des Erlebens sind nicht zusammenzählbar. Diese Personhaftigkeit des Menschen ist darum nicht dem Begriffesgefüge der Naturwissenschaft zugänglich, sie ist nicht von außen her in Besitz zu nehmen.

Es sind die tiefen und für die Sozialwissenschaft höchst bedeutsamen Einsichten moderner Denkpsychologie, die der Redner hier bezeichnet. Der Mensch ist nur in „Ordnungen“ denkbar, die die Qualität der Person in ihrem Aufbau tragen. Es ist ein naturwissenschaftliches Vorurteil, den Menschen nur als Exemplar der Gattung zu sehen, wie es der Wirklichkeit nicht entspricht, die Persönlichkeit nur im Reiche reiner Wertigkeit zu suchen. Der konkrete Mensch ist als Wirklichkeit Person, und die soziale Ordnung muß die Personhaftigkeit des Menschen enthalten und wahren. Er soll in der Ordnung der Gesellschaft zu leben, daß er in ihr Person ist, und er wird Person, wenn er sich in eine soziale Ganzheit, wie „Freundschaft“ oder „Volk“, einliedert. Wer sich nicht hingibt, kann sich nicht finden.

In von religiös-ethischem Pathos getragenen Ausführungen führt der Redner seinen Vortrag zu Ende. Er weiß keine Antwort auf die Frage, von welcher Art die personale Ordnung der Gesellschaft ist. Aber er meint, daß in der Frage das innerste Ringen unserer Zeit zum Ausdruck kommt. Die Renaissance und Romantik sind die Zeiten der Individualität und bunten Mannigfaltigkeit. Die Zeit, der wir entgegengehen, ist die Zeit der Masse. Die Persönlichkeit braucht aber nicht mehr die Kräfte schöpferischer Originalität des Einzelnen. Wir haben nicht mehr das gute Gewissen der großen Einzelmenschen der Vergangenheit, dafür aber kennen wir nicht mehr die Abzweigungen der Masse. Die Vielen der Masse lernen sich als Personen wissen und sich einliedern in die Ganzheit der gesellschaftlichen Ordnung.

Den sozialistischen Zuhörer wird dieser Ausklang nicht überraschen. Er wird in der soziologischen Arbeit der Gegenwart das Streben finden, das tätige Ich des Menschen, wie Marx es ausdrückt, zu erfüllen und, was wichtiger ist, den Zusammenbruch der bürgerlichen Ideologie zu verhindern, die sich von ihrem heroischen Ideal des Individuellen, auf sich selbst gestellten Menschen abwendet, ohne freilich sich zur Bejahung einer Gesellschaftsordnung durchzuführen, die die reißlose Bergesellschaftung durch Aufhebung der Klassen erlaubt und dadurch den Aufstieg des Exemplars der Spezies Mensch zur Persönlichkeit erst ermöglicht. Der Mensch in der gesellschaftlichen Ordnung des Sozialismus, das ist die Persönlichkeit, die bewußt sich ihre Geschichte selbst macht. Daß das Proletariat eine solche Ordnung der Gesellschaft schafft, in der es sich als Klasse aufhebt und die Menschheit von dem Zwange des Blutes, der Macht und der Wirtschaft befreit, darin liegt die Kulturbedeutung des Klassenkampfes.

Am die Kameraden des Reichsbanners!

Am Mittwoch, den 7. Juli, kam es anlässlich der Massenkundgebung der SPD. gegen die Freilassung des Stahlhelmführers Magiera im „Schlachterweg“ zu Tumulten, die von gemäßigten verantwortlichen Elementen aus leicht erkennbaren Gründen abfällig hervorgehoben wurden. Nur durch die besonnenen Haltung der übergroßen Mehrzahl der Reichsbannerkameraden war es möglich, unübersehbares Unglück von vielen Familien abzuwenden. Wie uns von privater Seite bekannt wird, soll am Dienstag, den 13. Juli, in der aus gleichem Anlaß veranstalteten Kundgebung der SPD. im „Schlachterweg“ der am vorigen Mittwoch mißglückte Versuch von diesen Kreisen wiederholt werden. Wir warnen alle Kameraden dringend, in ihrem eigenen Interesse und in dem ihrer Familien und mit Rücksicht auf ihre Organisation, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, da die Folgen unübersehbar sind und da wir jegliche Verantwortung für diejenigen, die sich trotzdem beteiligen, ablehnen müssen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Gauvorstand. Ortsvorstand.

Die Oesterreichisch-schlesische Kunstausstellung im Messepavillon

wurde am Sonnabend feierlich eröffnet. Als Vorsitzender des Ausstellungsvereins sprach Akademiedirektor Professor Moll, der besonders den beteiligten österreichischen Künstlern dankte; als österreichischer Künstlervertreter äußerte sich ein Herr Widenburg, der sich trotz der Abschaffung der Adelstitel in Oesterreich taktlos als „Grau“ vorstellte, für das Unterrichtsministerium Ministerialdirektor Kentschig. Man hatte gehofft, als wirklich führenden österreichischen Künstler bei dieser Gelegenheit den Wiener Stadtbaurat Josef Hoffmann persönlich kennen zu lernen, der sich aber entschuldigen ließ. Unter den Anwesenden bemerkte man den Oberpräsidenten, den Regierungs- und den Polizeipräsidenten und andere Vertreter des öffentlichen und des Kunstlebens Breslaus.

Die Ausstellung sucht nicht durch äußeren Umfang zu wirken; sie ist trotzdem reichhaltig genug mit Werken schlesischer Künstler, die hier oder auswärts leben, mit schlesischem Kunstgewerbe, mit österreichischen Gemälden und Proben des österreichischen Kunstgewerbes bebildet. Eine sachliche Würdigung behalten wir uns nach gründlicher Kenntnisnahme vor, doch seien schon heute unsere Leser darauf hingewiesen, daß sie hier zum Beispiel die Originale der plastischen Porträts von Chert und dem Führer des sozialistischen Bildungswesens, Heinrich Schulz, finden, die der Breslauer Professor Bednary geschaffen hat. Unter den ausgestellten Kunstgewerbe- und Prädikaturproben ist vieles auch sozialpolitisch interessant (Wiener Siedlungshäuser, industrielle Zweiformalen usw.).

Gegen die Entscheidung der Jury wendet sich ein Protest des Wirtschaftsbundes schlesischer Künstler, der die Heranziehung auswärtiger (österreichischer) Kunstgewerbeten und die Nichtberücksichtigung angeblich guter westschlesischer Künstler tadelt. Einen Teil dieser Werke wird man in einer Sonder-Ausstellung der Zukunftsstellen und daraufhin nachprüfen können. Manche der dort Protestierenden sind aber auch im Messehaus bereits vertreten, und zwar zum Teil bereits günstiger als bei breiterer Wahl. Die Ausstellung ist jedenfalls der Besuch.

Eheberatung in Breslau.

Ein lange geplantes Werk ist vor einiger Zeit zu vorläufigem Abschluß gekommen: Am 19. Februar dieses Jahres erschien ein Erlass des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, der die Errichtung von „Eheberatungsstellen“ empfiehlt. In Breslau existiert eine solche Beratungsstelle in Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Ritterplatz 1, 1. Hof, Zimmer 1. Unentgeltliche Sprechstunden besetzt für Männer und Jünglinge: Montag von 6 bis 7 Uhr, für Frauen und Mädchen: Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 6 Uhr.

Seit Jahrzehnten schon haben Mediziner, Kasernenhygieniker und Sozialpolitiker an der Vorbereitung des Erlasses gearbeitet, der bodenständig die Bedeutung sein kann. Es besteht natürlich kein Zwang zur ärztlichen Untersuchung, bei diesem das Reichsgesetz zur Beurteilung der Personenstandes entgegensteht.

Der Zweck der Eheberatungsstellen ist, durch genaue ärztliche Untersuchung die Eignung einer betreffenden Person zur Eheschließung festzustellen und den medizinischen Befund in einem Heiratszeugnis niederzulegen. In anderen Ländern bestehen Einrichtungen, ähnlich unseren Eheberatungsstellen, und in Mexiko stehen seit kurzem die Standesämter unter Aufsicht eines Ehe-Institutes, ohne dessen Genehmigung eine Eheschließung nicht erfolgen kann. Nach einem neuen mexikanischen Gesetz kann eine Ehe nur dann geschlossen werden, wenn dem örtlichen Standesamt eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes vorliegt, daß vom hygienischen Standpunkt aus gegen die Eheschließung Bedenken nicht bestehen. Standesbeamte, die ohne dieses Gesundheitsattest eine Eheschließung vornehmen, setzen sich strenger Bestrafung aus. Das neue Gesetz erweist sich als allgemeiner Anerkennung, da die durch Vererbung herbeigeführte Kindersterblichkeit in Mexiko einen bedrückend hohen Grad erreicht hatte.

Im übrigen Auslande sind aber die fraglichen Vorschriften so locker, daß von einem wirksamen Schutz kaum die Rede sein kann.

In einigen Staaten Amerikas, in Schweden und Norwegen und in der Schweiz wird zum Beispiel die Erlaubnis zur Eheschließung nur dann erteilt, wenn beide Teile eidlich versichern, daß sie frei von Geistes- und sexuellen Krankheiten seien. Stellt sich nachträglich die Unwahrheit heraus, so gelingt meist der Nachweis, daß der Eid in „Unwissenheit“ geleistet worden ist.

Vor in Deutschland die ärztliche Untersuchung vor der Ehe obligatorisch werden wird, soll die Eheberatungsstelle aufklären

und ratgebend wirken. Die Beratungsstellen sollen der Untersuchung und Beratung vor der Eheschließung dienen, alle später auftretenden Fragen oder solche, die der Nachkommenschaft gelten, dürfen hier eigentlich nicht erledigt werden. Doch können in Breslau auch Verheiratete Auskunft erhalten. Das erteilte ärztliche Zeugnis bleibt Eigentum des Fragenden. Jeder Zwang in Form von Eheverboten oder etwa von Austausch oder Verlegung eines „Ehe-Attestes“ wird streng vermieden. Wenn man durch die Untersuchung und die ihr folgende Aufklärung erreicht, daß das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen geweckt wird und er von unüberlegten und überstürzten Schritten für einige Zeit oder auch für immer freiwillig Abstand nimmt, dann ist für die Gesundheit der Gesamtheit und für die Erzeugung einer gesunden, widerstandsfähigen Nachkommenschaft schon viel erreicht.

Bei der hier in Rede stehenden Untersuchung kommt es auf vier Haupt- und zwei Nebenfragen an, nämlich:

Welche Gefahren entstehen für die Eheschließung: 1. Für den Untersuchten selbst? 2. Für den anderen Ehegatten? 3. Für die Nachkommenschaft? 4. Welche Belastung des anderen Ehepartners erscheint besonders bedenklich? Und dann weiter: 5. Ruft nach dem vorliegenden Befund von einer Eheschließung dringend abgeraten werden? 6. Soll die Eheschließung aufgehoben werden und wie lange?

Den beiden Ehegläubigen bleibt es nun frei überlassen, die ihnen richtig erscheinende Folgerung aus den vom Arzte beantworteten Fragen zu ziehen. Es gibt eigentlich vom medizinischen Standpunkte aus nur zwei Einwände, von der Eheschließung für alle Zeit bestimmt abzuraten, wenn nämlich Geisteskrankheit eines der Eheschließenden vorliegt oder wenn die Familienvorgeschichte bei beiden Teilen Epilepsie oder Psychosen ergibt. Alle anderen Erkrankungen verlangen nur eine zeitweise Ausschaltung des Termins bis zur völligen Ausheilung, falls es sich nicht um chronische, schon sehr weit fortgeschrittene Krankheiten handelt.

Da also keine Zwangsmaßnahmen angewandt werden, ist ein Besuch der Breslauer Beratungsstelle allen Eheschließenden durchaus anzuraten. Es ist zu bedenken, daß es diese ehezerrüttende Krankheiten gibt, die sich beide Ehegatten vor Eingehen der Ehe nicht verschweigen dürfen, wenn es nicht später deshalb zu einer eventuellen Scheidung kommen soll.

Parteienoffen! Parteigenossen!

Seite Montag sind die

Distriktsversammlungen.

haltet Euch diesen Abend bestimmt frei!

Parteienoffen!

Die SPD. ladet für morgen Abend zu einer öffentlichen Versammlung im Schichlerweg ein. Wir wissen, daß von bestimmter Seite die Absicht besteht, diese Versammlung zu stören, um die Polizei zum Eingreifen zu zwingen.

Wir warnen unsere Mitglieder aus diesem Grunde dringend vor der Teilnahme an dieser Versammlung und bemerken, daß wir keinerlei Verantwortung für etwaige Vorkommnisse übernehmen. SPD., Ortsverein Breslau.

Der Ruf nach dem Schwurgericht.

den ein Einsender kürzlich hier erhoben hatte, veranlaßt Dr. Dehke in der „Breslauer Zeitung“ zur Zustimmung und zu einer nachträglichen Kritik des Ermächtigungsgesetzes der Inflationszeit, durch das auch die Emminger-Verordnung zur Abschaffung des Schwurgerichts möglich wurde. Dabei ist dem waderen Demokrat aber entfallen, daß nicht nur auch seine Partei auch dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, sondern: daß auch seine Parteifreunde damals im Kabinett die Emminger-Verordnung gebilligt haben, deren Aufhebung daraufhin die Sozialdemokratie im Reichstag vergeblich beantragte. Dies nur zur Erinnerung, da Herr Dr. Dehke sich der Verteilung der Verantwortung für diese Dinge vor drei Jahren offenbar nicht mehr erinnert.

Eine „Feuertaufe“

ist es, das so benannte Dichtwerk eines Herrn Wachhausen in der „Schlesischen Volksstimme“ zu lesen. Wenn der Poet sich im Jovilleben so gebärden würde, wie er es in dem Erzeugnis seiner Kunst tut, so wäre er schon längst zur Beobachtung seines Geistesaufwandes festgesetzt worden. Es scheint ein verdünnter fruchtbarer Trieb zur Befähigung seiner Mitmenschen durch un-menschliches Gebrauh und wahrhaft fürchterliche Ordnungen, der sich folgendermaßen ausstößt:

Nur die Eisenstange fest, Und drüllt den Jagen in die Ohren: Fluch, Mord und Tod der Menschheitspest!

Mit dieser Menschheitspest kann Herr Wachhausen wohl nur sich selbst und seine Rabaudrüber meinen, denn zum Schluß heißt es symbolisch:

„Heil Holentzug und Flammentod!“

nachdem auch der liebe Gott, natürlich in der Uniform des „Schachheims“, aufmarchiert ist, damit die Herzen zu ihm erhoben werden.

Ein Breslauer Sonderzug führt zur Geleite.

Die Breslauer Stelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Zur Erleichterung des Besuchs der außerordentlich lebens-werten Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Faktoren und Lebensübungen in Düsseldorf verkehrt in der Nacht vom 26. zum 27. Juli ein Sonderzug mit 2. Wagenklasse zu folgenden Zeiten: Die mit dem Dinstag ermittelte Zeit und mit „Breslauer“ (Garnitur) der Fahrpläne in folgendem Fahrplan.

Breslau ab 6.42 Uhr, Dieritz 7.40 Uhr, Saynau 8.13 Uhr, Bunzlau 8.43 Uhr, Rohlitz 9.11 Uhr, Gork 9.53 Uhr abends, Düsseldorf Hbf. an 12.42 Uhr am nächsten Tage.

Auf der Hinfahrt muß der Sonderzug, auf der Rückfahrt können alle Züge des gewöhnlichen Fahrplans (D-Züge mit Durchlauf) benutzt werden. Da mit den Sonderzugsfahrten nach Düsseldorf die Rückfahrt auch von Koblenz aus angetreten werden kann, bietet sich Gelegenheit, mit einer berattigen Reihe eine Dampferfahrt auf dem Rhein zu verbinden, zumal die Rhein-Düsseldorfer-Rhein-Dampfschiffahrt um etwa 40 Prozent verbilligte Personalfahrten eingerichtet hat und auch die Ermäßigungen für Vereins- und Gesellschaftsfahrten ebenso wie die Reichsbahn jetzt schon für 20 Personen gewährt.

Im übrigen wird auf die auf allen Bahnhöfen befindlichen Aushänge verwiesen.

Ist ein Arbeiterfahrrad pfändbar?

Viele Arbeiter haben zur Erreichung ihrer Arbeitsstelle ein Fahrrad notwendig, das, da es ihnen zur persönlichen Ausübung ihrer gewerblichen Tätigkeit erforderlich ist, der Pfändung nicht unterliegt. Das ist aber, wie ein Urteil des Oberlandesgerichtes Breslau vom 4. Januar 1926 lehrt, nicht unter allen Umständen der Fall, vielmehr nur dann, wenn der Arbeiter durch die Wegnahme des Fahrrades Gefahr laufen würde, seine Arbeitsstelle zu verlieren, weil er dann nicht mehr hin gelangen könnte, wenn er zu Fuß gehen müßte. In dem vorliegenden Falle hat das Gericht die Pfändbarkeit des Rades um deswillen verneint, weil der Arbeiter sich anderweitig hätte behelfen können. Es heißt in den Gründen: „Nach der Befragung der Ehefrau des Schuldners heißt dieser außer dem gepfändeten Fahrrad noch eins, das zurzeit beschädigt und herstellungsbedürftig ist. Ferner befindet sich im Gewahrsam des Schuldners noch ein Damenrad, das von seiner Ehefrau nur gelegentlich benutzt wird. Unter diesen Umständen kann das gepfändete Fahrrad nicht als unentbehrlich im Sinne des § 811 Ziffer 5 P.D. angesehen werden. Selbst wenn, was keineswegs dargetan ist, das vorhandene Herrenrad nur unter Anwendung erheblicher Mittel in einen brauchbaren Zustand versetzt werden könnte, so würde dem Schuldner immer noch das Rad seiner Frau zum Zwecke der Erreichung der Arbeitsstelle zur Verfügung stehen. In der Tat hat ihm seine Ehefrau ihr Rad, als das keine gepfändete Fahrrad gewesen. Im übrigen hätte der Schuldner das jetzt gepfändete Fahrrad seinem Schwiegervater zur Sicherheit für dessen Forderung übergeben und dieser es ihm nur wiederholt für seinen Zweck heraus gegeben, daß der Schuldner das gepfändete Rad nicht dauernd zur persönlichen Fortbewegung seiner Tätigkeit gebraucht und sich mit den beiden vorhandenen Rädern ausgeholfen hat.“

So viel man der Entscheidung entnehmen kann, wurde das Rad der Ehefrau nicht zu Erwerbszwecken, sondern zu Verfügungsgewaltigen benutzt, denn sonst konnte es dem Arbeiter nicht zur Verfügung stehen.

Arbeiter-Kultur-Kartell.

Diesigen Arbeiter-Vereinigungen, welche glauben, durch den Zusammenfluß zu einem Kulturkartell eine geschlossene Kraft darzustellen, werden ersucht, durch drei bis fünf Vorstandsmitglieder zu einer Gründungsversammlung Dienstag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, in einem Zimmer im Gewerkschaftshaus zu erscheinen.

Das Feuerwerk „1001 Nacht“

des Gebirger Lünig, das schon einmal wegen schlechter Witterung verschoben wurde, war auch jetzt noch Wetter nicht günstig. Am Sonnabend nachmittags regnete es in Stößen und die Veranstaltung wurde noch etwas auf den Sonntagabend verlegt.

Das Feuerwerk begann zur großen Unglücksbedeutung des verhältnismäßig kleinen, nicht allzu zahlreich erschienenen Publikums mit 1/2 Stunden Verspätung. Auch das Kartell hat aus auf das viele Geräusch haben mögen. Wohl infolge der schlechten Witterung konnte das reichhaltige und sehr umfangreiche Programm nicht in der vorgesehenen Reihenfolge abgewickelt werden. Trüben läßt sich, als die ersten Raketen abwand und knatternd ihre leuchtenden Bahnen im Dunkeln des Nachts aus-

Der ADGB an die Gewerkschaftsjugend.

Sowjetrußlands Wirtschaftskrisis.

Von Paul Diers

I.

Die Formen der Krise und die Grundzüge des Wirtschaftssystems.

Sowjetrußlands Wirtschaft wachst eine kritische Phase durch, die nicht nur von innenrußischer, sondern auch von internationaler Tragweite ist. Denn die Sowjetrepublik stellt heute einen wesentlichen Faktor des Weltmarktes dar. Sie pflegt Handelsbeziehungen mit fast sämtlichen Ländern Europas, sowie mit Amerika und den ostasiatischen Staaten. Im Bestreben, das riesige Reich mit seiner Bevölkerung von 140 Millionen Menschen als Absatzmarkt zu gewinnen, gewährt die europäische Länder dem Sowjetstaate Kredite. Somit muß die russische Wirtschaftskrisis gewissermaßen als ein wichtiges Problem der internationalen Wirtschaftspolitik bewertet werden.

Die Krise wird gekennzeichnet durch die eingetretene Inflation und den gewaltigen Warenmangel nach sämtlichen Industrieartikeln. Die Stabilität des Löhnerwages, die mit großer Mühe und enormen Opfern hergestellt wurde, ist der Gefahr unterworfen, gänzlich erschüttert zu werden. Breite Volksschichten verlieren das Vertrauen zu der Währung; ihre Kaufkraft ist erheblich gesunken.

Um uns einen klaren Begriff über die Ursachen der Krise machen zu können, wollen wir zunächst die Grundzüge des russischen Wirtschaftssystems streifen.

Die Basis der russischen Volkswirtschaft bildet die Landwirtschaft, die 65 Prozent der Bevölkerung beschäftigt. Die Bauernwirtschaft stellt die Hauptquelle der staatlichen Einnahmen dar. Die nationalisierte Industrie, das ist die gesamte Groß- und die Mittelindustrie, existiert zum großen Teil auf Kosten des Grundkapitals, das heißt zum Teil auf Kosten der Betriebsmittel aus der vorrevolutionären Periode, zum Teil auf Kosten der Staatskasse, die der Industrie regelmäßige Subventionen bewilligt. Die städtische Bevölkerung kommt nur in geringem Maße als produktiver Faktor in Frage; durch die ganze Wirtschaftspolitik erhält die Stadt wirtschaftliche Vorteile zu Ungunsten der Bauernschaft.

Bei dem langsamen Entwicklungstempo der russischen Industrie, die laut sowjetamtlichen Angaben erst 50 bis 75 vom Hundert der Vorkriegszeit erreicht hat, ist Rußland sehr auf die Einfuhr von Industrieerzeugnissen angewiesen. Je mehr die Landwirtschaft in den letzten zwei, drei Jahren sich stabilisiert desto mehr steigt der Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten, Baumaterialien usw. Zur Regelung der Handelsabläufe kommen leistungsfähig hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte in Betracht. Für die russische Handelspolitik der letzten Jahre ist das Forcieren der Ausfuhr und die Einschränkung der Einfuhr charakteristisch. Dabei hat sie trotzdem eine passive Handelsbilanz zu verzeichnen. Es ist ohne weiteres klar, daß jede mehr oder weniger wesentliche Einschränkung der russischen Ausfuhr eine nachteilige Wirkung auf die Gestaltung der Handelsbilanz ausüben muß. Eine solche Erscheinung, und zwar schon Ende 1925, erlebte Sowjetrußland Ende 1925. Sie bildet den Ausgangspunkt der gegenwärtigen Krise. (Fortsetzung folgt)

Kommunifizierung der Berliner Hoch- und Untergrundbahn.

Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft hat in ihrer Generalversammlung am Freitag den Vertrag mit der Stadt Berlin, dem die Stadtverordnetenversammlung am 1. Juli zugestimmt hatte, angenommen. Nach den Einzelheiten wegen die bisherige 50 000 Schulkarten, die über ein außerordentliches Stimmrecht verfügten, eingezogen. Ferner wird das Aktienkapital der Gesellschaft um 62 Millionen Mark erhöht. Für diese 62 Millionen Mark bringt die Stadt ihre bisherigen künftigen Schnellbahnstrecken mit ihren Aktien und Passiven in die Hochbahn ein. Dadurch erhält die Stadt Berlin eine für alle Fälle ausreichende Majorität in der Generalversammlung. Im Verlauf eines Vierteljahres müssen ferner die Aktionäre sich darüber erklären, ob sie ihre Aktien gegen städtische prozentige Zertifikate eintauschen wollen, zu denen dann für 5 Jahre eine Zuzahlung von 40 Mark jährlich tritt. Nach 5 Jahren ist die Stadt berechtigt, den Aktionären für die erdültigte Auszahlung der Aktien entweder 1000 Mark in bar oder eine Kommunalobligation auszufordern, deren Zinsfuß dann in das Letztleben der Stadt gestellt ist und der sich dann nach den derzeitigen Zinsverhältnissen richtet.

Die Annahme des Vertrages erfolgte gegen 438 Stimmen, also fast einstimmig. Die Stadt Berlin wird auf Grund dieses Ergebnisses spätestens zu Beginn des kommenden Jahres in der Lage sein, den Aufsichtsrat der Hochbahn nach ihren Wünschen zu besetzen. Sie erhält außerdem die Zweidrittelmajorität der Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft. Damit sind sämtliche Berliner Verkehrsunternehmen mit Ausnahme der reichseigenen Stadt-, Ring- und Vorortbahnen in den Besitz der Stadt Berlin. Dem Vertrage hatten in der Stadtverordnetenversammlung trotz seines fast kapitalistischen Einschlags auch die Kommunisten zugestimmt.

Die Produktions- und Absatzfiguren des deutsch-oberösterreichischen Kohlenbergbaus im Juni.

Leichte Steigerung des Inlands, harte Bedrohung des Auslandsabzuges.

Nach den jetzt vorliegenden genauen statistischen Ermittlungen über die Förder- und Absatzfähigkeit des west-oberösterreichischen Bergbaus im Juni ergibt sich für diesen Monat bei 24 Arbeitstagen eine Steigerung der Gesamtförderung auf 1 325 706 Tonnen (Mai, 24 Arbeitstage, 1 208 673 Tonnen), bzw. auf arbeitsmäßig 55 238 (50 361) Tonnen. Der Eigenverbrauch der Gruben einschließlich Depoitalienlieferungen an die Bergwerksbetriebe lag bei 58 719 (59 805) Tonnen. Der Gesamtabzug ohne Selbstverbrauch und Depoitalien wies mit 1 291 528 Tonnen eine Steigerung gegenüber dem des Monats Mai um insgesamt 100 270 Tonnen auf. Er ist summarisch bei hiernach 1 271 528 Tonnen auf den Auslandsabzug, 16 000 Tonnen auf den Abzug nach dem übrigen Deutschland und nur 851 Tonnen auf die Provinz Oberösterreich entfallen. Der Auslandsabzug belief sich auf 1 085 544 (1 098 286) Tonnen. Innerhalb der Provinz Oberösterreich verblieben 366 845 (367 794) Tonnen, und nach dem übrigen Deutschland gelangten 761 743 (745 784) Tonnen. Die Bezüge an Reichsbahndienstleistungen erwiesen eine leichte Abnahme. Sie stellten sich auf insgesamt 172 638 (185 051) Tonnen. Der Gesamt-Hauptbahn-Verband erreichte die Höhe von 1 115 232 (977 750) Tonnen. Zurückgegangen sind die Wasserlieferungen infolge der Behinderung der Dampfschiffahrt durch das Hochwasser von 203 842 auf 163 370 Tonnen. Die Kohlenbestände verminderten sich auf 121 784 (145 440) Tonnen, und die Kohlenrückstände sind leicht zurück auf 177 736 (183 325) Tonnen. Es sind 121 909 (104 522) Wagen.

Ausgangspunkt der Alpen-Montangesellschaft an die internationale Eisen-Berand?

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Generalrat der Alpen-Montangesellschaft wollte in der vergangenen Woche im Nordgebiet, um die Verhandlungen wegen des Aufschlusses der Gesellschaft an den Deutschen Reichsbahnenverband fortzusetzen, nach dort erlangten Informationen in der letzten Zeit der Aufschluß der internationalen Kohlenbergwerksbetriebe zu erwarten und es wird sich dann darum handeln, den Aufschluß der österreichisch-ungarischen Eisenwerke an die internationale Eisen-Berand, sowie an die „Tram“, das ist an die internationale Eisen-Berand, herbeizuführen. Es handelt sich um die Verhandlungen von weitestgehender Bedeutung für die internationalen Eisenwerke.

in den Beziehungen von Kapital und Arbeit eingetreten. Die Alleinherrenschaft der Unternehmer im Betriebe ist gebrochen, ihre Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft ist gebrochen. Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften entstanden ist, hat in jähren, jahrzehntelangen Angriffen den übermächtigen Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gedrängt. Es kann niemand mehr mit Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein den unbestrittenen Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren. Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im ganzen Bereich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken.

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen, leidenschaftlichen, opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation besaß. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortsetzen und vollenden.

An euch, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland, wendet sich deshalb der Bundesausschuß, an euch als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von Vätern errungenen Besitzes.

Seid euch der großen, durch seine ruhmvolle Kampftradition, durch die Treue und den Opfermut von Millionen Arbeitern getragenen Aufgabe bewußt, deren Durchführung euerem Geist, eurem Willen anvertraut ist! Behauptet euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz! Gebt allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewusster Kraft! Dann kann und muß mit euch, den Jungen, die ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwunges beginnen! Dann wird die Zeit anbrechen, in der ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und eurer besonnenen Pflege anvertraut hat: jene echte Freiheit des einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet.

gründliche reagieren, als es die Arbeiterbewegung auf dem Kontinent bereits getan hat. Der Preis für diese Lehre ist teuer, aber die Erntung wird großartig sein.

Macdonald über die Lage im Bergarbeiterstreik.

Macdonald, der in Birmingham eine Rede hielt, erklärte, daß er gerade von Northumberland und Yorkshire komme und die Bergleute, besonders aber die Bergarbeiterfrauen ebenso entschlossen gefunden habe, wie am ersten Tage des Streikes. Die Regierung habe durch die falsche Behandlung der Vorlage über den Achtstundentag eine Lage geschaffen, welche Verhandlungen ganz unmöglich mache.

Lagung der Transportarbeiterinternationale.

Aus Rotterdam wird gemeldet: Gestern ist hier das Hafenkomitee des Internationalen Transportarbeiterverbandes zu einer mehrstündigen Sitzung zusammengetreten, an der außer den Verbandselektoren Jimmen und Katakas zwei holländische und drei belgische Abgeordnete, als Vertreter der deutschen Transportarbeiter Seiffert und Tempelmann teilnahmen. Gegenstand der Besprechung sind der inzwischen bereits beendigte Hafenarbeiterstreik in Antwerpen, der Arbeitskonflikt in den französischen Häfen Dünkirchen und Boulogne und in Finnland. Außerdem wird sich das Komitee noch mit der Frage der Kohlenzufuhr nach England beschäftigen, obwohl der internationale Transportarbeiterverband auf dem Standpunkt steht, daß hierfür erst ein entsprechender Antrag des englischen Transportarbeiterverbandes eingegangen sein muß.

Der „Stahlhelm“ als Ersatz der gelben Gewerkschaften.

Köln, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Seit einiger Zeit betätigt sich der „Stahlhelm“ im Kölner Bezirk als ausgesprochene gelbe Arbeiterführerschaft, die die gegenwärtige Notlage und starke Arbeitslosigkeit ausnützt und versucht, Agenten für die „Stahlhelm“-Organisation in Köln und im linksrheinischen Braunkohlenrevier zu werden, indem sie der Arbeitslosen Arbeit und tägliche Unterstützung durch die Unternehmer verspricht. Besonders die Schokoladenfabrik Stallwerk, die noch vor wenigen Monaten freigeorganisierte Arbeiter in großer Zahl angeht, wegen Arbeitsmangels entließ, ist Hebebock um die Unterstützung des „Stahlhelm“ bemüht und stellt nur dem Arbeitslosen ein, wenn sie sich gleichzeitig verpflichten, dem „Stahlhelm“ beizutreten. Auch aus anderen Kölner Betrieben, besonders aus dem Braunkohlenrevier, wird gemeldet, daß dort Arbeitslose nur dann eingestellt werden, wenn sie den Aufnahmeschein für den „Stahlhelm“ unterschreiben.

Diese Entwicklung hat in den Reihen der Kölner Arbeiterschaft zu einer tiefgehenden Erregung geführt, die dieser Tage Ausdruck fand in einer von den freien Gewerkschaften einberufenen Massenversammlung, in der beschlossen wurde, als Gegenaktion gegen die Verhüllung der Arbeitgeber, sich im „Stahlhelm“ eine gelbe Arbeitstruppe zu organisieren, das Reichsbanner zu stützen. Ueber 1200 Mitglieder traten in dieser Versammlung dem Reichsbanner bei. Weitere Massenbeiträge sind für die nächsten Tage zu erwarten. Auch die christlichen Gewerkschaften planen, wie wir hören, ähnliche Aktionen und wollen ebenfalls durch Massenbeiträge ihrer Mitglieder zum Reichsbanner beizutreten gegen die gelbe Stahlhelmgewalt.

Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit im Reich. In der zweiten Junihälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 419 234 auf 1 409 724 gesunken, die der weiblichen von 330 775 auf 332 843 gesunken. Insgesamt hat eine Abnahme von 1 750 009 auf 1 742 567, das heißt um 0,4 vom Hundert, stattgefunden.

Jahresbilanz als Bergarbeiter. Der Kampf der englischen Bergarbeiter erinnert an die grauenhaften Zustände und unzumutbaren Arbeitsbedingungen, wie sie noch am die Mitte des vergangenen Jahrhunderts in England herrschten. Eine im Jahre 1840 erschienene Enzyklopädie gibt ein abstoßendes Bild der Schwerkerei, in der die im Kindesalter stehenden Arbeiter schuhten. Man verstand damals Kinder vom fünften Lebensjahre an für diese harte Arbeit unter Tag; die Kleinheit der Grubengänge und Schächte bot für ausgewählte Menschen kaum Platz, und so war es möglich, daß man Knaben und Mädchen für einen Hungerlohn eine übermenschliche Arbeit tun ließ. Garbacht, mit Ketten an die kleinen Wagen angehängt, ritten die heimgewanderten Gesellen über ihren Körper auf und wurden vorzeitig zu Ruinen. Erst Lord Shaftesbury setzte eine Reform der Arbeits- und Lohnverhältnisse durch. Wirkliche Besserung trat erst durch das Entstehen und Erhalten der Gewerkschaften ein. Denn der Kapitalist gibt nichts freiwillig her.

Textilarbeiter-Verband Preußen. In dem am Sonntag erschienenen Artikel über die Quarantänebestimmung der Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ist in der Bilanz ein Schreibfehler unterlaufen und muß es richtig stehen 500.000.

Der ADGB an die Gewerkschaftsjugend.

Der Bundesausschuß des ADGB hat, wie im Bericht über seine Tagung gemeldet wird, einen Aufruf an die Gewerkschaftsjugend erlassen, der folgenden Wortlaut hat:

Die deutschen Gewerkschaften können auf eine Geschichte von nahezu acht Jahrzehnten zurückblicken. Aber es sind kaum 40 Jahre verstrichen, seit die Gewerkschaften aus unsichtbaren, kaum beachteten örtlichen Organisationen zu den mächtigen Zentralverbänden wurden, die in allen Städten und Gemeinden jetzt einen großen Teil der gesamten Arbeiterkraft in ihren Reihen vereinen.

Die besten und weitsichtigsten Elemente der deutschen Arbeiterkraft sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Männer und Frauen, die nicht nur ihrem eigenen Vorteil nachjagen, sind im Bunde mit ihren Kameraden, — einer für alle und alle für einen — die sich und den kommenden Geschlechtern Raum für ein freies, nach außen gesichertes, in großen Kräften stützter und geistiger Kultur erschlossenes Leben erkämpfen wollen.

Tief erlebte Solidarität unter den Arbeitbrütern und -schwestern ist die stützende Macht, der die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt. Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgerissen von diesem Geist opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Wirtschaft, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihr Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft eingesetzt für einen großen Gedanken.

Niemand wußte, ob diese Gedanken jemals Wirklichkeit werden würden. Die herrschenden Gewalten, die Gesamtheit der Unternehmer, der Staat, die Kirche, alle waren verbündet gegen den Aufstand der Armen und Entwerteten, der im vergangenen Jahrhundert begann. Feinde ringsum und keine Helfer, angewendet auf die eigene Kraft und den leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft, in der auch der Arbeiter Mensch sein darf, frei von den drückendsten Sorgen des Alltags, heimlich berechtigt in seinem Lande, dessen gewiß, daß nicht schon der nächste Tag ihn und die Seinen mittellos der äußersten Not überantworten wird. Dieser unbezweifelbare Glaube der vergangenen Generationen, hat den Weg ins Freie gebahnt. Im Vergleich zu der Zeit, in der das Deutsche Reich gegründet wurde, ist ein gewaltiger Wandel

Moskau und der englische Bergarbeiterstreik

Seit Monaten stehen die englischen Bergarbeiter in einem gigantischen Kampf, in dem sie zweifellos die Sympathien der Arbeiterkraft der ganzen Welt gewinnen. Es ist keineswegs nur die Tatsache, daß in England ein Generalkrieg von bisher unerhörtem Ausmaß zur Unterstützung der Bergarbeiter die Welt zugezogen in Atem gehalten hat, die diese Sympathie erklärt. Viel zu tief ist in das Bewußtsein der Arbeiterkraft der ganzen Welt die Überzeugung von der überragenden Bedeutung dieses Kampfes eingegraben, als daß nicht jeder Proletarier den englischen Bergarbeitern vollen Erfolg zu ihrem Abwehrkampf wünscht. Die Enthüllungen, die in letzter Zeit in England über die Vorgänge beim Abbruch des Generalkrieges erfolgt sind, haben aber gezeigt, in welcher schwieriger Lage sich der Streik der Bergarbeiter befindet. Ihre Forderung hat es im Gegensatz zu den Forderungen der anderen Gewerkschaften für richtig gehalten, in diesem großen Kampfe es auf Weges oder Brechen ankommen zu lassen. Ob diese Forderung richtig oder falsch ist, das müssen in erster Linie die englischen Bergarbeiter und die übrige organisierte englische Arbeiterkraft entscheiden. Tatsache ist aber, daß jetzt die Verzögerung der englischen Eisenbahnen es ausdrücklich abzulehnen hat, vom Ausland kommende Kohle nicht zu transportieren.

Schon dieser Entschluß zeigt die Komplexität der englischen Streiklage. Er bietet auch die beste Illustration zu dem heftigsten Gebot der deutschen Kommunisten gegen den ADGB. Die Forderung an die deutschen Gewerkschaften, keinerlei Kohle nach England hineinzulassen, könnte in Wirklichkeit mit Erfolg nur dann aufgestellt werden, wenn die in England in Betracht kommenden Arbeiterkategorien, die Hafen- und Transportarbeiter, die Eisenbahner, ebenfalls jede Beförderung ausländischer Kohle ablehnen würden. Sie stehen dem englischen Streik näher und ihre Abwehrmaßnahmen könnten allein den Erfolg einer solchen internationalen Unterstützung gewährleisten.

Offenbar unter dem Eindruck der Schwere des Kampfes hat sich die Leitung des englischen Bergarbeiterverbandes unter der Führung Coals entschlossen, weitere Schritte im Auslande zu tun, die den Gang der Entwicklung sehr beeinflussen könnten. Coals hat in Berlin erneut Verhandlungen mit den Vertretern des russischen Bergarbeiterverbandes aufgenommen und gemeinsam mit ihnen am Freitag einen Aufruf veröffentlicht, der die aktive internationale Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks und Einberufung des englisch-russischen Komitees verlangt. Dieser Aufruf ist beziehungsweise nur der „Roten Fahne“ direkt zugegangen. Die sozialistische Presse hat von diesem nur durch das Moskauer Büro Kenntnis erhalten. Coals hat betont, daß die russischen Gewerkschaften die einzigen seien, die die Mittel für den Streik zur Verfügung gestellt hätten und stellen könnten. Das hat seinen sehr einfachen Grund darin, daß die russischen Gewerkschaften staatliche Organisationen sind, von staatlichen Subventionen leben. Die Unterstützung des englischen Streiks durch russische Gewerkschaften bedeutet infolgedessen nichts anderes als eine aktive Unterstützung dieses Streiks durch den russischen Staat.

Es muß sehr bezweifelt werden, ob dieser Schritt des englischen Bergarbeitersekretärs wirklich im Interesse der von ihm vertretenen Arbeiter liegt. Der gewaltige Kampf in England bekommt dadurch ein ganz anderes Gesicht. Nicht nur im englischen Bürgerum, sondern auch bei großen Schichten der englischen Arbeiterkraft wird dadurch der Eindruck erweckt werden, daß die Führung diesen Kampf in ein bölgewinniges Jagdwasser lenkt. Bei der unzweifelhaften Abneigung der Engländer gegen bolschewistische Methoden muß dadurch die moralische Position geschwächt werden. Es besteht die große Gefahr, daß die Bergarbeiter infolgedessen immer mehr isoliert werden und schließlich dadurch eine Niederlage unermesslich wird. Eine solche Niederlage müßte von den verhängnisvollsten Folgen für die weitere Entwicklung in England sein. Sie bedeutete mindestens vorübergehend einen Triumph der konservativen Regierung, die unter Baldwin Führung sich immer härter gegen den Bergarbeiterstreik gewandt hat. Die Überpannung des Bogens und die Wendung nach Moskau hin, für die Coals und seine näheren Freunde die Verantwortung trifft, würde sich in ihren Folgen gegen die Bergarbeiter wenden.

Die europäische Arbeiterbewegung hat größere Erfahrungen auf dem Gebiete der Beziehungen zur Moskauer Internationale. Sie weiß infolgedessen besser einschätzen, welche Gefahr es für sie selber mit sich bringen würde, wenn sie sich mit den Moskauern irgend wie einließe. Die englische Arbeiterbewegung hat den zerstörenden Wirkungen des Moskauer Einflusses jahrelang fern gehalten und hat infolgedessen lange Zeit geglaubt, daß die Befürchtungen der kontinentalen Arbeiterbewegung übertrieben seien. Offenbar ist auch die englische Arbeiterbewegung jetzt dabei, eine gründliche Erfahrung mit Führern zu machen, die bereit sind, die Moskauer Methoden und die Moskauer Taktik für England anzuwenden. Die Reaktion darauf kann nicht zweifelhaft sein. Sie wird dem russischen Einfluß auf die englische Arbeiterbewegung alles andere als günstig sein. Auch in England zeigt sich, daß im Gefolge der russischen Einflüsse die Federlagen und Zersplitterungen in der Arbeiterbewegung eintreten. Auf solche Fragen wird zweifellos die englische Arbeiterkraft noch lauter und

Aus Schlessen.

Günstige Reiseverbindungen nach der Ostsee und Ostpreußen.

Vom Schlesischen Verkehrsverbande wird uns geschrieben: Es ist leider noch zu wenig bekannt, daß günstige Reiseverbindungen nach der Ostsee außer über Glogau auch über Frankfurt a. O. führen. Abgesehen von der Beförderung der Entfernungen und Verbilligung des Fahrpreises wird auf diesen Wegen der lästige und kostspielige Uebergang zwischen den Fernbahnhöfen in Berlin vermieden. Es ist zu wünschen, daß diese Reizewege häufig gewählt werden. Es verkehren folgende Züge: Breslau Hbf. ab 5.40 Uhr vormittags, Stettin an 12.38 Uhr (beschleunigter Personenzug über Glogau); Breslau Hbf. ab 11.18 Uhr vormittags, Stettin an 5.25 Uhr nachmittags (D.-Zug über Glogau); Breslau Hbf. ab 12.07 Uhr nachts, Stettin an 10.19 Uhr vormittags (über Frankfurt a. O.); Breslau Hbf. ab 8.42 Uhr vormittags, Gwinemünde an 4.53 Uhr nachmittags (über Frankfurt a. O.)

Bei dieser Gelegenheit wird auch darauf hingewiesen, daß in der neugeschaffenen Nachtverbindung mit dem beschleunigten Personenzug von Breslau (Hbf. ab 1.08 Uhr nachts) über Posen nach Danzig und Königsberg ein Durchgangswagen 1.—3. Klasse von Breslau nach Königsberg läuft. Dieser Wagen berechtigt zur Benutzung durch Reisende, die nicht im Besitze eines Passes sind. Für den Durchgangswagen Breslau—Danzig im gleichen Zuge ist dagegen ein Reisepass mit polnischem Durchreiserecht vermerk erforderlich.

Neue Kraftposten.

Vom 14. Juli ab wird Mittwoch und Sonntag von Gottesberg aus eine neue Kraftpost über Rothenbach, Schwarzwaldbau und Konradswaldbau nach Grüssau und umgekehrt mit folgenden Gangzeiten verkehren: ab Gottesberg (Hofal Preußische Krone) 7 Uhr vormittags (nur Sonntags) und 1.25 Uhr nachmittags (Mittwoch und Sonntag); ab Grüssau: 1.05 Uhr nachmittags (nur Sonntags) und 7.35 Uhr abends (Mittwoch und Sonntag). Die Fahrten haben in Gottesberg Anschluß an die Kraftpost Gottesberg—Niederhermsdorf.

Eine königliche Gepäcksabfertigung

gibt es noch in der Deutschen Republik. Das zeigt wieder ein vor uns liegender Abschnitt mit dem Stempel der Veranständigung „Königl. Gepäcksabfertigung Frankenstein“. Wie wäre es, wenn dieser königliche Beamte in Frankenstein sich auch bald förmlich verabschieden würde. U. H. W. G.

Briefsendungen nach Breslau.

Es wird erneut von der Oberpostdirektion darauf hingewiesen, daß Briefsendungen nach Breslau, die in der Aufschrift die Angabe des Zustellpostamtes tragen, schon während der Fahrt in den Bahnposten einzelner Züge nach den Breslauer Zustellämtern verteilt und diesen unmittelbar zugestellt werden. Die Sendungen werden hierdurch früher zugestellt, was für die Empfänger oft von wesentlichem Vorteil ist. Sendungen, die diese Angabe nicht tragen, erleiden gegenüber den mit Zustellamtsangabe versehenen Sendungen eine Verzögerung in der Zustellung. Ein Hilfsmittel bei der Angabe der Zustellnummer ist für die Abender von Postsendungen nach Breslau das „Verzeichnis der Straßen und Plätze in Breslau“, mit Angabe der Zustellamtsnummer, das zum Preise von 15 Pfennigen durch jede Postanstalt bezogen werden kann.

Kauben. Wollenbruch und Ueberschwemmung. Am letzten Sonnabend, nachmittags in der dritten Stunde ging von einem heftigen Gewitter, in der Nähe von Groß-Rinnersdorf ein starker Wollenbruch nieder. Der von Rinnersdorf nach Kauben führende Mühlbach trat über die Ufer und verursachte in Kauben eine verheerende Ueberschwemmung. Die vier im Bereich liegenden kleinen Mühlen und die große Stadtmühle in Kauben standen vollständig unter Wasser und erlitten großen Schaden. Felder, Wiesen und Gärten in der Talniederung wurden einem reißenden Strom. Die umweit des Mühlgrabens liegenden Gehöfte, der große Gemüsegarten von Burglehn und die Steinauer Straße fanden mehrer Fuß hoch unter Wasser. Alle Keller und die zu ebener Erde gelegenen Wohnungen waren binnen wenigen Minuten mit dem schlammigen Wasser gefüllt. Der Schaden ist sehr groß. Der Verkehr auf der Steinauer Straße konnte von 4 Uhr bis in die späte Nacht nur durch Wagen, die bis an die Achsen im Wasser gingen, notdürftig aufrecht erhalten werden. Die ältesten Leute von Kauben können sich eines solchen Ereignisses am heftigen Orte nicht entsinnen.

Kittler D. E. Festnahme einer jugendlichen Diebesbande. Drei Büchsen aus dem benachbarten Klein-Döb, der 21jährige Richter, die 18jährige Grenzler und Köhler, schlichen sich in die Gastwirtschaft des alleinlebenden Besitzers Hofmann, um, nachdem Ruhe im Hause eingetreten war, einen Diebstahl auszuführen. Doch wurde dieses Vorhaben im letzten Augenblick durch einen vortreten Büchsen, der zu der Tat gekommen war und absichtlich darauf einging, vereitelt; denn dieser benachrichtigte den Oberlandjäger Prüfer, Kittler. Hier angelangt konnte er mit Hilfe einiger Orsienwähler die drei Büchsen bei der Arbeit festnehmen und einen Revolver, Scheinladungs, Stahrrute und Gummihäuptel abnehmen. Hieraus ist zu ersehen, daß es sich um eine ganz gefährliche Bande handelte. Die festgenommenen, darunter ein einziger Sohn aus einer achtbaren Familie, wurden über Nacht in der Arrestzelle des Kittlerer Strichhaukes untergebracht, am Mittwoch an den Händen gefesselt in das Amtsgerichtsgefängnis Niesty und Donnerstag nach Görlitz in das Gefängnis gebracht.

Sopetzerwerk. Vom Ertrinken gerettet. Beim Baden in der hiesigen Badesaale erkrankte die 15jährige Lotte Schwedler aus der Bangestraße in die reißende Strömung und ging unter. Die ebenfalls dort badenden Kreisenschulzherren, Kreisführer und Kleiner bemerkten das Unglück und sprangen der Untergetauenen nach. Es gelang glücklicherweise, die schon Bewußtlose zu retten und ans Ufer zu bringen, wo sie nach kurzer Zeit wieder zu sich kam. Die Verunglückte ist als gute Schwimmerin bekannt, ja—5 hatten ihre Kräfte bei der starken Strömung nicht ausgereicht.

Schick. Der Schuß in der Nacht. Als sich am Mittwoch einige junge Leute von Breslau aus nachts auf dem Heimwege nach Görlitz befanden, hörten sie plötzlich kurz vor dem Viktoriagarten einen Schuß. Beim nächsten Herangehen bemerkten sie, daß ein Herr im Straßengraben lag, der sich aufstehend in die Hand geschossen hatte. Eine Frau kam ebenfalls bald auf ihn zu, sprach dringend auf ihn ein und leistete durch Verbänden erste Hilfe. Kurz hinterher erschien ein Schaffner mit einem Kett, der den Verletzten nach Görlitz zu einem Arzt brachte.

Amstliche Beisetzungsliste der Berliner Börse vom 11. Juli.

1. Frau Gerling	50.40	100 kg. Frauen	10.84
1. Frau	4.15	100 kg. Frauen	12.22
100 kg. Frauen	102.45	100 kg. Frauen	61.16
100 kg. Frauen	9.75	100 kg. Frauen	62.32
100 kg. Frauen	81.95	100 kg. Frauen	112.29
100 kg. Frauen	86.50	100 kg. Frauen	1.85
100 kg. Frauen	14.45	100 kg. Frauen	50.59
100 kg. Frauen	111.17	100 kg. Frauen	45.21

Bergelt nicht, für eure Partei und für eure Sache zu werden!



Breslau (Land)-Neumarkt. Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Nach Redaktionschluss ging uns am Sonnabend vom Landrat der Woiwodschaft ein Schreiben für den Landkreis Breslau ersassenen Versammlungsverbotes zu, den wir hiermit zum Abdruck bringen:

Nachdem in der letzten Zeit bei öffentlichen Umzügen im Breslau schwere Ausschreitungen, bei denen auch Polizeibeamte angegriffen und verletzt worden sind, stattgefunden haben, hat der Herr Polizeipräsident in Anbetracht der dadurch hervorgerufenen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit bis auf weiteres für den Stadtkreis Breslau alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Da eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit auch für die in der Nähe von Breslau gelegenen Dörfern besteht, wird hiermit auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung und des § 10 Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts folgenden angeordnet:

1. Alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge sind für die Guts- und Gemeindebezirke Carlowitz, Rokenitz, Altkönig, Oswitz, Cojel, Wilsnig, Klein-Gandau, Schmiedefeld, Maria-Höfen, Neulitz, Groß- und Klein-Wasselsch, Herrmannsdorf, Goldschmieden, Stadelwitz, Klein-Machern, Groß-Machern, Opperau, Altkönig, Hartlieb, Krieger, Dörsch, Wollschütz, Brodau, Grotz, und Klein-Johannsdorf, Birchen, Jeditz, Grüneiche, Zimpel, Bartheln, Neuhaus, Schwoitz, Cawallen, Friedewalde, Wilhelmstau und Schottwitz verboten.
 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden auf Grund der Polizeiverordnung vom 26. Februar 1914 (Woiwodschaft S. 84) geahndet werden.
 3. Dieses Verbot tritt sofort in Kraft.
- Breslau, den 9. Juli 1926.
Der Landrat.

Kommunales aus Alttendorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde folgendes beschlossen: Die Rechnung für das Jahr 1925 schließt in Einnahme mit 571 783,62 Mark, in der Ausgabe mit 564 458,13 Mark ab. Mitteln ist ein Ueberschuß von 7325,49 Mark vorhanden. Dieser Ueberschuß ist aber nur rechnungsmäßig, in Wirklichkeit ist ein Etatdefizit von rund 19 000 Mark vorhanden. Der Haushaltsplan war veranschlagt mit 135 500 Mark. Die hohen Endzahlen erklären sich dadurch, daß der größte Teil der Baugelber durch die Gemeindefälle lief. Die Jahresrechnung war durch die Rechnungsprüfungskommission geprüft; dem Gemeindevorsteher wurde Entlastung erteilt. Im Anschluß hieran erstattete der Gemeindevorsteher einen Bericht über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten.

Hierauf wurde beschlossen, den Bürgersteig an der rechten Seite in der Siedlung mit Bordsteinen zu versehen. Die Kosten wurden zur Hälfte bewilligt, die andere Hälfte trägt der Kreis. Dem Sportverein „Breslau Süd 1919“ wurde eine einmalige Beihilfe in Höhe von 100 Mark bewilligt. Es wurde beschlossen, die Hauszinssteuer - Hypotheken in Höhe von 81 000 und 88 000 Mark auf das Siedlungsgrundstück Opperauer Straße, rechte Seite, aufzunehmen. Es handelt sich um die in den Baujahren 1924 und 1925 erhobenen Hypotheken.

Die Stadt Breslau will die Hochspannungsleitung auf der Diefeldstraße über den Sportplatz bis zur behelfsmäßigen Transformatorstation an der Lohebrücke verlegen und ein neues Transformatorhaus auf dem Kuttelischen Acker errichten. Gegen die geplante Leitungsführung in gerader Linie bis zum Kuttel-Acker ist nichts einzumenden, um so weniger, als die Leitung über dem in Aussicht genommenen Sportplatz verlaufen muß. Anders verhält es sich beim Bau des Transformatorhauses. Wenn die Stadt die Bedingungen erfüllt, die sich aus dem Ortsstatut vom 23. November 1906 für sie als Grundstücks-eigentümer ergeben, wird die Genehmigung erteilt. Die Bedingungen bestehen darin, daß der Gemeinde der Straßenteil

innerhalb der Baufluchtlinie stehen, lassen und hypothekentüchtig, überlignet, ferner ein Betrag für den Ausbau, dreijährige Unterhaltung, Beleuchtung, Kanalisation und Entwässerung der Straße festgestellt wird. Die Stadt braucht diese Bedingungen zwar nicht gleich zu erfüllen, aber sie muß sich verpflichten, von dem Augenblick an, an dem die Straße ausgebaut wird, alle Lasten, die für sie aus dem Statut vom 23. November 1906 ergeben, zu übernehmen. Die Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, weil sich die Straße, an der das Transformatorhaus errichtet werden soll, in Privatbesitz befindet.

In der Zeit von 9 bis 9 1/2 Uhr fand die Wahl des Gemeindevorstehers statt. Es war nur ein Wahllochkolleg eingetretet worden. Die Wahl wurde durch Zufall vorgenommen; Genosse Kleiner wurde mit 8 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen gewählt. Für die Bürgerlichen gab Herr Langner die Erklärung ab, daß durch die Stimmenthaltung dem bisherigen kommissarischen Gemeindevorsteher kein Mißtrauen entgegengebracht werden soll, sondern die Stimmenthaltung geschieht aus prinzipiellen Gründen.

Alttendorf. Das beim Baden ertrunkene Schulmädchen Hedwig Berger ist von Arbeitern, die beim Heumachen waren, an der Lohebrücke in Opperau gefunden worden. Die beiden ertrunkenen Mädchen wurden Sonntag, nachmittags 2 Uhr, unter großer Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. Dieser bedauerliche Unglücksfall sollte allen Eltern eine Mahnung sein, in Zukunft mehr als bisher auf ihre Kinder zu achten.

Klein-Sägwitz. Beim Baden ertrunken. Wiederforderte das Baden im freien Wasser ein Todesopfer. Der 17jährige Lehrling Preisner aus der Kolonie Klein-Sägwitz badete gestern nachmittags im sogenannten „Breiten Wasser“, einem sechs Meter tiefen Nebenarm der Schwentmüher Wasserleitung in der Ohleniederung zwischen Pischam und Uehelnitz. Der Schwimmer wurde vom Herzhage getroffen und ging unter. Sofort unternommene Rettungsversuche der Mitbadenden blieben erfolglos. Heute früh gelang es, die Leiche zu bergen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Kreis-Konferenz der SPD.

Am Sonntag, den 4. Juli, fand in Siegroth, Kreis Nimptsch, eine Kreis-Konferenz der SPD statt. Begrüßt wurden die Teilnehmer durch Vieder des Arbeiter-Gesangvereins Gostau. Ueber den Volksentscheid und deren wichtige Bedeutung sprach der Genosse Fuhrig. Wenn die 19,5 Millionen Stimmen, die notwendig waren, um den Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zum Gesetz zu machen, nicht erreicht worden sind, so liegt es nicht, wie der Gegner zu behaupten pflegt, an dem „Rechtsgesühl des Volkes“, sondern an dem Terror, der allerorts wie im Kreise durch Großgrundbesitzer und Kirche betrieben worden ist. Überall haben die Arbeiter mit Entschiedenheit getrotzt, falls die Arbeiterklasse wählen geht. Kosten wurden ausgestellt, um festzustellen, ob die Arbeiter die Parole ihres „Brotherns“ auch befolgen. In Wange hat der Kreisvorsitzende keinen Kostenstand sogar auf einem Kastanienbaume aufgeschlagen, von wo aus er alle Wähler feststellen konnte. Selbst Arbeiter und Inspektoren, die noch am Tage vor der Wahl predigten: „Geht euch die Stiefel nicht beschmutzen und bleibt zu Hause“, haben den Weg nach dem Wahllokale gefunden zum Splanieren. Ein Kampf ist vorüber, und neue Kämpfe beginnen. Die Reichstagsauflösung dürfte zu erwarten sein, falls nach dem Reichstagsbeschluss die Regierung nicht eine Gesetzesvorlage dem Reichstage vorlegt, die die Zustimmung der Sozialdemokraten findet. Wir sehen dieser Auflösung mit Freude entgegen. Jedoch gilt der Appell an die Mitglieder der Partei: Nicht ausruhen dürfen wir jetzt, sondern erneut rüsten. Mehr denn je muß Parteitagtation zur Stärkung der Partei und Verbreitung der Presse beigesteuert werden. Der Vortrag des Genossen Fuhrig wurde mit starkem Beifall aufgenommen. An der Aussprache beteiligte sich der Genosse Seibald, der im wesentlichen auf parlamentarische Fragen einging.

Genosse Zellner sprach über den augenblicklichen Stand der Parteibewegung. Erstreckliche Fortschritte sind in den letzten Wochen gemacht worden. Im ganzen sind in den letzten Wochen 202 Parteimitglieder im Unterbezirk gewonnen. Im Kreise Nimptsch wurden vier neue Ortsgruppen errichtet. Im Verhältnis zu früher ist der Markennuß im Kreise ein guter. An der freien Aussprache beteiligten sich die Genossen Winkler, Fuhrig, Wölfl, Schneider und Seibald. Zum Schluß wurden verschiedene Orte bestimmt, wo in den nächsten Wochen große politische Versammlungen stattfinden sollen. Der Kreisvertrauensmann hat sich für gute Redner einzusetzen. Ein Entwurf bezüglich eines Bezirks-einteilungsplanes soll durch den Kreisvertrauensmann ausgearbeitet und der nächsten Kreis-Konferenz, für die Jordanmühl bestimmt wurde, vorgelegt werden. Einmütig wurde ein Beschluß gefaßt, wonach zur Dedung der Wahlkosten im Kreise die einzelnen Ortsgruppen eine Umlage aufzubringen haben.

Mit dem Wunsch um rege Mitarbeit konnte der Kreisvertrauensmann, Genosse Wölfl, um 12 1/2 Uhr die außerordentlich gut verlaufene Konferenz schließen.

* Ein Jodl vor 90 Jahren. Anfang Juli 1836 entließ sich die Eisenbahn Nürnberg—Fürth, neben Menschen auch Frachtgut zu befördern, und am 11. Juli 1836 traten zwei Hühner Lederer Bier als erstes die Reise an. Dem Wirt in Fürth, für den sie bestimmt waren, war aber vorher zur Beförderung gemacht, daß er sie selbst abholen müsse! Die Frachtgebühr betrug je Hühner sechs Kreuzer. Eine weiße Eisenbahnströmung hatte aber auch dem Jupperrational größte Aufmerksamkeit angedreht, da diese erste Güterbeförderung sich immerhin später — „ins große ausdehnen könne!“

Nach langer Krankheit verschied am 9. Juli mein lieber, langjähriger Kutscher

Peter Fussy

Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm

Emil Scheffler und Familie.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Maximilian-Friedhofes.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 7. Juli verstarb unser Verbandskollege, der Arbeiter

Wilhelm Scholz

von W. A. 2, im Alter von 54 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, 12. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Pohlenowitz (Altstadt Jungfrauen).

Schneidestiel, 2—10 Pf., Lippert, Seindorfstr. 16, 10712

Druckerei Bollswahl

fertigt moderne Drucklagen

Breslau 2, Kuelstraße 4/6

Die am 8. Juli 1926 gegen Genossen Karl Simon, Pfaffenstraße 89, in seiner Wohnung getane Verleumdung nehme ich zurück.

Paul Scholz, Pfaffenstr. 28

Nach langer Krankheit verschied unser lieber Kollege, der Kutscher

Peter Fussy

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Mc Kinner der Firma Scheffler.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Maximilian-Friedhofes an.

Für die vielen Beweise herzlicher und liebevoller Teilnahme und die überaus zahlreichen herrlichen Kränzchen bei dem Heimzuge meiner lieben unvergesslichen Frau, unserer herzensguten Mutter sprechen wir auf diesem Wege allen lieben Verwandten, Bekannten und Mitbewohnern des Grundstückes Mehl-gasse 42 unseren

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 4. Juli, umging 12 Uhr, von Breslau im Alter von 25 Jahren durch Unglück unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Erich Gorka.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 13. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle 1 des Christen-Erntedankes an.

herzlichsten Dank

aus Ganz besonderer danke ich meinen lieben Arbeitskollegen und meinen verehrten Herrn Pöller Schrueth für die mir erwiesene ausdauernde Unterstützung, insbesondere danke ich dem Herrn Stadt-Vize Dr. Berger für die trostreichen und liebevollen Worte zu Grabe unserer lieben Entschlafenen.

Breslau, im Juli 1926.

Paul Häckel nebst Kindern.